H. W. L.
NOV 8 1934

Saar-Freund

Schwört und sprecht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!

Deutsch die Saar immerdar!

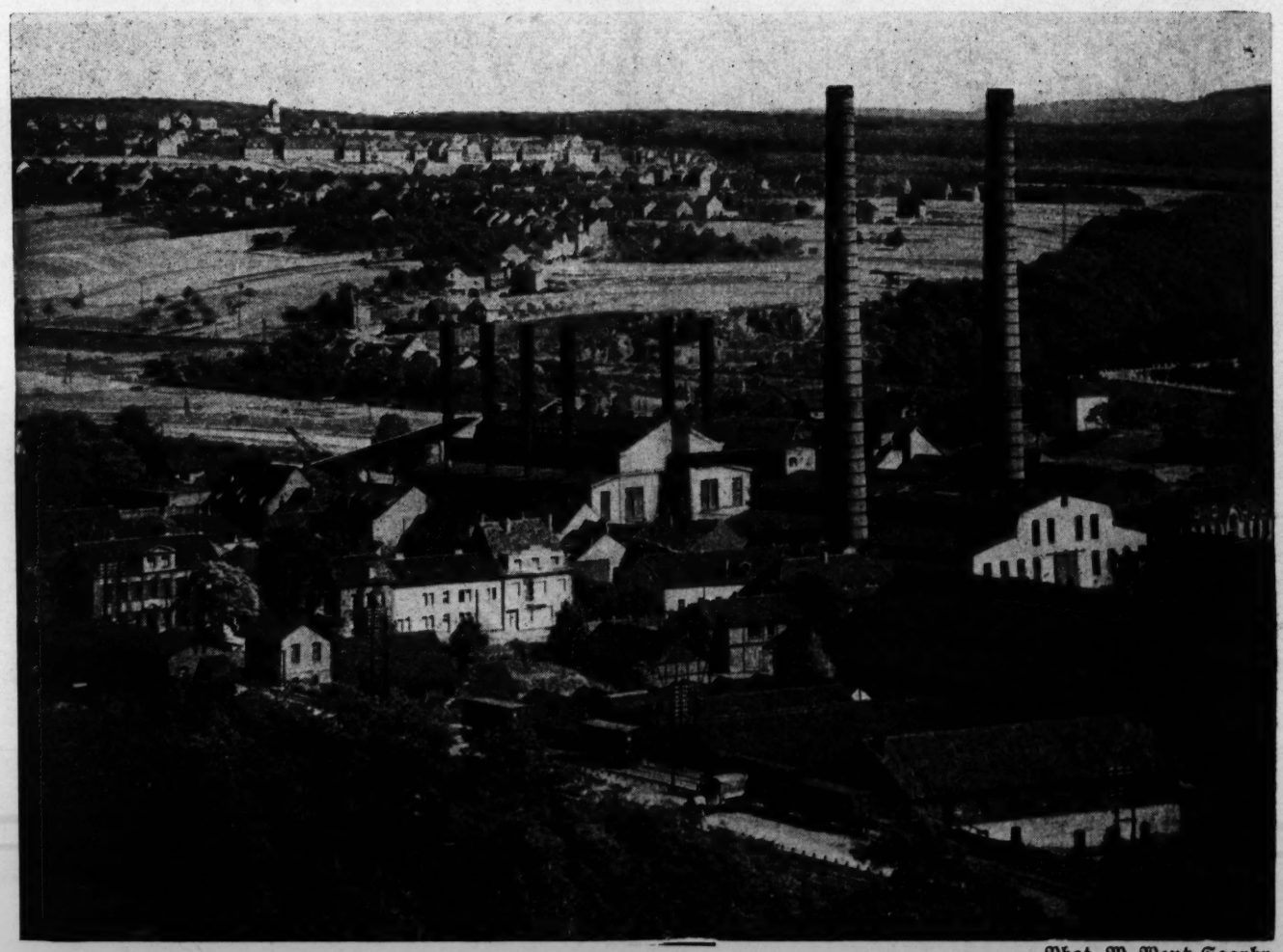
Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 21 * 15. Jahrgang

Berlin, den 15. Oktober 1934

Deutschland · Heimat · Freiheit



Phot. M. Wentz-Saarbr.

Blick auf das Kraftwerk Louisenthal und Gersweiler

„Die Saar ist für Deutschland ein unzertrennlicher Bestandteil des eigenen Ichs. Wer Euch geschlagen, hat uns geschlagen. Wer Euch geschmäht, hat uns geschmäht, wer Euch vergewaltigt, hat uns vergewaltigt. Euch ist nichts zugefügt worden, was man nicht ganz Deutschland zugefügt hat!"

Führer und Reichskanzler Adolf Hitler
in seinem Geleitwort für Albert Zühlkes „Saarkalender 1935"

Öffentlicher Aushang
der Wählerlisten

Zur Volksabstimmung im Saargebiet am 13. Januar 1935

Die Wählerlisten werden im Saargebiet ausgelegt

Einsichtnahme
in die Wählerlisten

Saar-Freund

Schwört und sprecht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!

Deutsch die Saar immerdar!

Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf — Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 21 * 15. Jahrgang — Berlin, den 15. Oktober 1934

Deutschland — Heimat — Freiheit!

Von Richard Posselt

Der französische Außenminister Barthou ist der Mordwaffe eines politischen Fanatikers zum Opfer gefallen, der sie gegen den König von Jugoslawien richtete, dessen Ausgleichs- und Verständigungspolitik er offenbar nicht billigte. Solange man nicht die politischen Hintermänner des Mordbuben kennt, wird man sich über die letzten Motive dieser Tat des Urteils enthalten müssen. Gleichwohl: Barthou ist ein Opfer seiner politischen Tätigkeit geworden. Trotz schärfster Gegnerschaft, die wir seiner Politik gegen Deutschland und vor allem seiner Saarpolitik gegenüber haben mußten, versagen wir ihm unser Mitgefühl und unsere Ehrerbietung nicht. Er starb als treuer Sohn seines Volkes. —

Aber gerade die Treue zu seinem Volk und Vaterland zwingt uns, da wir Recht und Freiheit deutscher Brüder und Schwestern und deutschen Heimatboden zu verteidigen haben, uns mit jener Aktion zu befassen, die er in der Saarfrage mit seiner bekannten Denkschrift an den Völkerbund und mit seiner Rede in Genf kurz vor seinem Tode einleitete. Seine Genfer Rede, die sich auf seine Denkschrift stützte, darf auch deshalb nicht unwidersprochen bleiben, weil sie zweifellos die Grundlage für die französische Saarpolitik der nächsten Zeit bilden wird. Barthou hatte seine Rede in Form und Tendenz so gestaltet, daß sie den Anschein völliger Uneigennützigkeit und Rechtlichkeit Frankreichs beweisen sollte. Der unachtsame Hörer und kritiklose Leser sollte zu der Auffassung kommen, als gäbe es in der Welt keinen gerechteren und selbstloseren Freund des Saargebiets als eben Frankreich. Der kritische Mensch aber, wie er gottlob auch in einem Teil der neutralen Presse anzutreffen ist, hat in dieser Rede nichts anderes gesehen als ein zwar geschicktes, aber dennoch durchsichtiges Propagandamanöver zugunsten des status quo.

Schon in der Denkschrift verlangte Barthou eine Prüfung der Frage, ob der Völkerbundsrat nicht schon jetzt eine neue Umschreibung des status quo in der Richtung einer Art saarländischen Autonomie beschließen solle. Barthou meinte, daß man der Saargebietsbevölkerung, falls sie sich für „Beibehaltung des gegenwärtigen Regimes" entscheiden sollte, ein gewisses Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung des Gebietes zubilligen müßte, wobei Frankreich bereit wäre, einen Teil seines Grubenbesitzes an der Saar der Saarbevölkerung abzutreten. Es ist schon an dieser Stelle gesagt worden, daß es eigenartig wirken muß, wenn man jetzt nach fünfzehnjähriger völliger Entrechtung der Saarbevölkerung angesichts der bevorstehenden Abstimmung später ein gewisses Selbstverwaltungsrecht einräumen möchte. Es ist ferner gesagt worden, daß die Uebertragung eines Teiles der Saargruben an die Bevölkerung ein sehr gefährliches Geschenk für das Saargebiet sein würde, weil Frankreich selbstverständlich nur die unrentablen Gruben los sein möchte, die die Gewinnmöglichkeiten des jetzigen französischen Saargrubenbaues stark beeinträchtigen.

Doch das nur nebenher. Herr Barthou hat versucht, der Saarabstimmung ein neues Gesicht zu geben. In Versailles war man sich aber über das Wesen und das Ziel der Saarabstimmung restlos klar und einig: Entweder entscheidet sich die Bevölkerung für Frankreich oder für Deutschland oder für die völkerbundliche „Treuhänderschaft", wie sie sie fünfzehn Jahre in allen Konsequenzen auskosten durfte. Und ausgerechnet für diese Treuhänderschaft wollte Herr Barthou die Saarbevölkerung begeistern. Wir glauben, daß er wenig Glück damit haben wird. Denn was einmal mit dem Völkerbund wird, das weiß man selbst in Paris nicht. Mit dem Eintritt Sowjetrußlands ist diese Institution bestimmt nicht lebenskräftiger geworden. Das hat noch Herr Barthou kurz vor Abschluß der letzten Völkerbundsberatungen erfahren müssen, als Herr Litwinow die hochgerüsteten Staaten an ihre Verpflichtung zur Abrüstung erinnerte, indem er die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen empfahl.

Selbst aber, wenn man sich an der Saar über die Absichten des Herrn Barthou mit der Propagierung des status quo nicht ganz klar gewesen sein sollte, eine Annahme, die völlig abwegig ist, dann war man sich in demselben Augenblick völlig darüber einig, als die französische „Havas"-Agentur die „sensationelle" Meldung in alle Welt funkte, daß Matz Braun mit Herrn Barthou eine längere Unterredung gehabt hatte. Denn was hätte wohl dieser bezahlte Agitator mit Herrn

Barthou anderes besprechen können als eine Lösung, die diesem Verräter über den 13. Januar hinaus eine Aufenthaltsmöglichkeit an der Saar und einen einträglichen Posten sichern sollte. Dieser Mann und seinesgleichen sind die allerletzten, die berufen wären, mit dem französischen Außenminister über die Zukunft des Saargebiets zu verhandeln. Wenn Barthou sich bewogen fühlte, diesen Mann zu empfangen, dann beweist das nichts für die Güte seiner Vorschläge, aber alles für die Niederlage, die Frankreich an der Saar erwartet. Denn wer sich mit Leuten vom Schlage Braun, Hoffmann, Walz, Machts und Genossen einläßt, der hat bereits seine sämtlichen Karten verspielt.

Frankreichs Saarpolitik wurde von Anfang an von schlechten Strategen und noch schlechteren Taktikern vertreten. Wenn man die Saarbevölkerung, vorausgesetzt, daß sie überhaupt einem politischen Gesinnungswechsel zugänglich wäre, gewinnen wollte, dann durfte man nicht die Terror- und Ausbeutungsmethoden anwenden, die man fünfzehn Jahre gegen sie gebraucht hat. Es war kein Schlagwort, das vor Jahren im englischen Parlament fiel, daß nämlich Frankreichs Ausbeutungspolitik das Saargebiet zu einem Armenhaus gestaltet habe. Jeder Arbeiter, jeder Angestellte und Beamte, jeder Handwerker und Mittelständler, jeder Bauer und Wirtschaftler weiß es an Hand seiner Lebenshaltung oder seiner geschäftlichen Aufzeichnungen, wohin „treuhänderische" Völkerbundsverwaltung und französische Saarpolitik den einzelnen gebracht haben. Und rechnet man noch jene Millionen ab, die Deutschland in Form von Zuschußrenten und gestundeten Zollgebühren dem Saargebiet zugute kommen ließ, dann ist es auch für den einfachsten Mann kein Rechenkunststück, festzustellen, welches sein Schicksal sein müßte, wenn er sich der von Barthou empfohlenen und von Braun und Genossen propagierten Status quo-Lösung anvertrauen würde. Es ist überhaupt eine unerhörte Zumutung, diesen Braun als Wortführer der Saarbevölkerung ansehen zu wollen, der es fertig brachte, das Marseiller Attentat auf deutsche Machenschaften zurückzuführen. Solche Lumpenpolitik sollte selbst Herrn Knox, sollte der Abstimmungskommission über die Hutschnur gehen.

Wir kennen unsere Saardeutschen besser. Wir haben nicht nur mit ihnen fünfzehn Jahre gegen Verwelschung, Versklavung und Entrechtung gekämpft, wir haben mit ihnen vier Jahre im Schützengraben gestanden und wissen, welcher Taten der Treue die Deutschen von der Saar fähig sind. Ein Saardeutscher stirbt, aber er verrät seine Heimat nicht. Ein Saardeutscher kämpft und wird nie seine Fahne verlassen. Ein Saardeutscher schimpft, aber er steht seinen Mann. Und Männer werden am 13. Januar das Schicksal des Saargebiets entscheiden.

Und wir kennen die saardeutschen Frauen, deren vaterländische Treue in der „Schulze-Kathrin" schon 1870 ein Symbol gefunden hat. Wir kennen die saardeutschen Frauen, die vier Jahre lang ihren Mut und ihren Glauben an Deutschland hochgehalten haben trotz der barbarischen Fliegerangriffe, die Frankreich gegen dieses Land der Arbeit durchführte. Wir kennen die saarländischen Frauen, die in diesem fünfzehnjährigen Abstimmungskampf einen Beweis nationalen Heroismus' und unerschütterlicher Treue gegeben haben wie kaum anderswo, die immer dort zu finden waren und sind, wo es gilt, das Deutschtum und die Heimat zu verteidigen. Diese Frauen werden am 13. Januar denen die Antwort geben, die da glauben, sie in letzter Stunde für eine verkappte Annexion durch Frankreich auf dem Umwege des status quo gewinnen zu können. Das Saarvolk kennt für den 13. Januar nur eine Parole: Deutschland, Heimat, Freiheit!

Der Tod Barthous und das Saar-Schicksal

Von einem Saarländer wird uns geschrieben:

Der verstorbene französische Außenminister Barthou ist in den letzten Monaten besonders oft im Zusammenhang mit der bevorstehenden Volksabstimmung im Saargebiet genannt worden. Vor allem seit der Einreichung der französischen Saardenkschrift Anfang vorigen Monats und seit der Rede Barthous, die er zur Begründung dieser Denkschrift in Genf anläßlich der letzten Tagung des Völkerbundes hielt. Auch das ausführliche Protesttelegramm, das der Führer der Deutschen Front an der Saar am 1. Oktober an Barthou richtete, brachte es mit sich, daß sein Name an der Saar sehr geläufig wurde und in aller Munde war. Er galt hier als der Mann, der mit allen Mitteln für Frankreich an der Saar so viel wie nur irgend möglich herauszuschlagen suchte. Er war es, der den berüchtigten Saarseparatisten und Sozialisten Matz Braun in Audienz empfing, er war es, auf den hier alle die, die gegen die Rückgliederung des Saarlandes an das Reich sind, besondere Hoffnungen setzten; er war es, der die völlig unberechtigte Forderung des Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes, des Engländers Knox, nach einer fremdländischen Polizeitruppe mit allen Kräften unterstützte und in seiner letzten Rede in Genf die Behauptung aufstellte, daß Frankreich gewissermaßen das Recht habe, Truppen ins Saargebiet einmarschieren zu lassen, wenn die Regierungskommission glaube Schutz nötig zu haben; er war es auch, der in verklausulierter und unverbindlicher Weise der Bevölkerung allerlei politische und wirtschaftliche Vorteile in Aussicht stellte, wenn sie sich bei der Abstimmung gegen Deutschland und für den „status quo" entscheide.

So kann es also kaum weiter auffallen, wenn an der Saar hier und da die Auffassung zum Ausdruck kommt, als ob nach dem Tode Barthous die französische Saarpolitik eine andere Richtung nehmen könnte. Wer hieran ernstlich glaubt, kennt die französischen Saarpläne nicht. Frankreichs Ziel ist, das Saargebiet dauernd von Deutschland zu trennen und es strategisch, politisch und wirtschaftlich völlig unter seinen Einfluß zu bringen. Hieran wird sich nichts ändern, ganz gleich, ob Tardieu, Herriot, Paul-Boncour, Loucheur — Namen, die in diesen Tagen als mutmaßliche Nachfolger Barthous genannt werden — französischer Außenminister wird, oder ein anderer.

Die französischen Politiker erklären zwar hin und wieder, daß Frankreich kein unmittelbares Interesse an einem Besitz des Saargebietes habe. Durchweg suchen sie — namentlich in der letzten Zeit — den Anschein zu erwecken, als ob es ihnen in der Hauptsache nur darum zu tun sei, der Saarbevölkerung zu einer freien und unbeeinflußten Abstimmung zu verhelfen. Wer die französischen Absichten einigermaßen kennt, weiß, daß das nichts weiter ist als ein Versuch, der Weltöffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, um so unauffällig für die französischen Ziele wirken zu können.

Daß Frankreich mit uns über die Saar keine Verständigung will, ist vor allem auch dadurch aller Welt klar geworden, daß es die Hand, die Adolf Hitler zu Verhandlungen angeboten hat, völlig unbeachtet ließ. Es verfolgt nach wie vor sein Saarziel, das mit unserer Ehre völlig unvereinbar ist, und scheint zu glauben, daß es ihm gelingen wird, diesem Ziel durch die Volksabstimmung näher zu kommen. Daher steht ohne Zweifel fest, daß Frankreich auch in den drei Monaten, die uns noch von der Abstimmung trennen, mit aller Kraft dafür weiter kämpfen wird.

Als die Franzosen 1919 in Versailles die sofortige Annexion des Saargebietes nicht erreichen konnten und Clemenceau und Tardieu als Unterhändler Frankreichs sich mit einem Kompromiß, wie es der Versailler Vertrag gebracht hat, abfinden mußten, da wurden französische Stimmen laut, die wenigstens die Grenze von 1814 haben wollten und insbesondere die sofortige „Rückgliederung" Saarlouis' an Frankreich verlangten. Ihnen gab Clemenceau schon damals folgendes zur Antwort:

„Ihr habt nicht nur für Saarlouis, sondern für das ganze Saargebiet eine 15jährige Wahlperiode vor euch, und es wäre für Frankreich niederschmetternd, wenn dieses Saargebiet oder nicht zum mindesten der größte Teil desselben sich nicht nach Frankreich hin entwickeln würde."

Wenn die Franzosen inzwischen auch haben einsehen müssen, daß diese Entwicklung nach Frankreich hin an der Saar nicht erreicht wurde, so hegen sie doch noch die Hoffnung, bei der Abstimmung am 13. Januar nächsten Jahres eine größere Anzahl von Stimmen für den „status quo" zu erreichen. Hierfür werden sie, wie wir in den nächsten Wochen sehen werden, mit aller Macht arbeiten. Ganz gleich, wer Außenminister wird — er hat die französische Saarlinie weiter zu verfolgen, die unverrückbar bleibt und die von der jahrhundertealten Sehnsucht, an den Rhein zu kommen, diktiert ist. Gewiß, uns brauchen die französischen Pläne und Wühlereien nicht zu schrecken. Wir sind der deutschen Treue der Saarbevölkerung sicher. Aber es wäre unverantwortlich, in der Abwehr gegenüber den Treibereien, den Lügen und Verleumdungen nachzulassen. Wir sind um der deutschen Ehre willen verpflichtet, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um ein Abstimmungsergebnis zu erreichen, das der ganzen Welt in der eindeutigsten Weise zeigt, daß es sich an der Saar um eine Bevölkerung handelt, die sich durch nichts von ihrem Deutschtum abbringen läßt, und das den Franzosen zum Bewußtsein bringt, daß alle ihre Bemühungen, alle Lock-, Druck- und Drohmittel für alle Zeiten bei dem Saarvolke ohne den geringsten Erfolg bleiben werden. Daher muß unser Kampf in verstärktem Maße und so lange fortgeführt werden, bis dieses Ziel erreicht ist und das Saarland wieder restlos zu unserem deutschen Vaterlande gehört.

Ein Deutscher und ein Franzose über die Saar-Frage

Ein Zwiegespräch von Paul Ostwald

Der Franzose: Es ist doch wirklich bedauerlich, daß das Saargebiet durch den Friedensvertrag von Versailles Frankreich nicht einfach zugesprochen wurde. Denn wäre das der Fall gewesen, so gäbe es heute keine Saar-Frage, die doch zu nichts anderem gedient hat, als das deutsch-französische Nachbarverhältnis auf eine harte Probe zu stellen und es schwer zu belasten.

Der Deutsche: Auch wir Deutschen bedauern es sehr, daß man durch das Versailler Diktat eine Saar-Frage geschaffen hat, die es bis dahin niemals gegeben hatte, und die es auch niemals geben konnte, weil nun einmal die saarländische Bevölkerung immer deutsch gewesen ist. Frankreich hat überhaupt kein Recht, und zwar weder ein geschichtliches noch ein völkisches, das Saarland für sich zu beanspruchen.

Der Franzose: Da muß ich Ihnen aber als ein Franzose, der die Geschichte seines Vaterlandes gut kennt, ganz energisch widersprechen. Denn genau so, wie wir Elsaß-Lothringen auf Grund unserer Forderung auf Wiedergutmachung des uns 1871 angetanen Unrechts zurückerhielten, so war man auch verpflichtet, das uns durch den Zweiten Pariser Frieden vom Jahre 1815 entrissene Saargebiet wiederzugeben. Auch hier handelte es sich um die Wiedergutmachung eines uns durch Deutschland zugefügten Unrechts. Bereits im Jahre 1861 schrieb unsere Presse darüber sehr richtig, wenn sie den Zweiten Pariser Frieden, durch den man uns das Saargebiet raubte, als „einen unsäglichen Mißbrauch der brutalen Gewalt, als eine Art Meineid" bezeichnete.

Der Deutsche: Ach, hören Sie doch mit diesem ewigen Gerede von einer Wiedergutmachung beim Saarland auf. Auch wenn Ihre Geschichtsschreiber, Ihre Politiker und Journalisten jetzt beinahe 120 Jahre hindurch die Welt mit dem Geschrei nach Wiedergutmachung erfüllt haben, so fehlt ihm dennoch die wahre und richtige Begründung. So viel soll Ihnen allerdings zugegeben werden, daß die Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit der deutschen Fürsten bei Abschluß des Ersten Pariser Friedens im Jahre 1814 das Saarland bei Frankreich beließen, das sich dort seit 1792 festgesetzt hatte. Aber ich muß Sie daran erinnern, daß die saarländische Bevölkerung ganz energisch Stellung nahm gegen diese Festsetzungen des Ersten Pariser Friedens. Es kam im ganzen Saarland zu gewaltigen Demonstrationen, denn die Bevölkerung, die deutsch war, wollte auf keinen Fall weiter bei Frankreich bleiben. Ich darf Sie z. B. erinnern an den Protest der Bürger von Saarbrücken und St. Johann, in dem es u. a. folgendermaßen hieß: „Von sämtlichen Einwohnern der Städte Saarbrücken und St. Johann geht nur die eine Stimme aus: Befreiung vom Franzosenjoche, Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande. Damit aber diese Stimme nicht ungehört verhalle und unsere tätigen Feinde außerstande gesetzt werden, auf dem gewöhnlichen Wege der Schlauheit und Ränke ihr verräterisches Flüstern zu unserm Verderben geltend zu machen und uns zum zweiten Male das unabsehbare Unglück der Abtretung an eine fremde Nation und eine ewige Tennung vom deutschen Vaterlande herbeizuführen, so haben sämtliche Einwohner dieser Städte sich auf das feierlichste verbunden, auf jedem rechtlichen Wege ihre Trennung von Frankreich und ihre Wiedervereinigung mit Deutschland nachzusuchen und jeder Intrige gegen den allgemeinen Wunsch und das Interesse dieser Städte aufs kräftigste entgegenzuwirken." So stand es also in Wahrheit um die politische Willensmeinung der gesamten saarländischen Bevölkerung, und es entsprach daher nur der Gerechtigkeit und der Selbstbestimmung der Nationen, wenn durch den Zweiten Pariser Frieden das Saarland an das deutsche Mutterland zurückgegeben wurde. Sein größter Teil kam an Preußen, ein kleinerer Teil an Bayern.

Der Franzose: Von dieser Protestbewegung der saarländischen Bevölkerung gegen die Bestimmungen des Ersten Pariser Friedens habe ich allerdings in Frankreich nichts gehört. Ich will auch nicht daran zweifeln, daß es zu solchen Protesterklärungen, wie Sie solche nachweisen konnten, gekommen ist, aber es kann sich dabei doch nur um kleinere Kreise gehandelt haben. Wir besitzen doch die vielen Plebiszite aus den Jahren nach der großen Revolution. Aus ihnen geht klar hervor, mit welcher Begeisterung damals die Saarländer die französischen Heere begrüßten, wie die Bevölkerung es als eine Wohltat empfand, daß ihr Land mit Frankreich vereinigt wurde. Diese Plebiszite aus den Jahren 1792 bis 1795 liegen ja noch heute wohlverwahrt in unseren Archiven, und wir haben sie auch der Pariser Friedenskonferenz im Jahre 1919 vorlegen können.

Der Deutsche: Ich habe mir gedacht, daß Sie auf diese Plebiszite zurückkommen würden, um sie als ein starkes Beweismittel für Frankreichs Anrecht auf das Saarland geltend zu machen. Doch muß ich Sie auch hier wieder enttäuschen. Gewiß, ich leugne nicht das Vorhandensein dieser Erklärungen vieler Städte und Dörfer, auch nicht ihren für Frankreich so überaus günstigen Wortlaut. Nur darf eins dabei nicht vergessen werden: alle diese Erklärungen sind erpreßt! Man hat ihren Wortlaut damals in Paris festgesetzt und hat die Bewohner unter Androhung schärfster Strafen, sogar von Todesstrafen, dazu gezwungen, diese ihnen im Wortlaut fertig vorgelegten Erklärungen zu unterschreiben. Man kann sich allenfalls nur wundern, daß sie so wenig Unterschriften aufweisen; so haben in Saarbrücken nur 48 Bürger unterschrieben, in St. Johann nur 13. Die Saarbevölkerung nahm also lieber schwerste Strafen auf sich, als daß sie ihr deutsches Vaterland verriet. Auf keinen Fall dürfen Sie diese Plebiszite mit den Protesterklärungen der Bevölkerung gegen die Bestimmungen des Ersten Pariser Friedens auf eine Stufe stellen. Denn jene waren erpreßt, während diese die tatsächlich vorhanden gewesene politische Willensmeinung der Saarbevölkerung verraten und als Zeugnisse der nationalen Selbstbestimmung besonders heute hoch bewertet werden sollten.

Der Franzose: Nun gut, auch ich will die Richtigkeit der von Ihnen angeführten Protesterklärungen gegen den Ersten Pariser Frieden ebenso wenig bezweifeln, wie

Sie das bezüglich der Plebiszite taten. Aber ich bin doch noch durchaus nicht davon überzeugt, daß hinter dieser Protestbewegung die ganze saarländische Bevölkerung gestanden hat. Sicher hat es damals ebenso viel Franzosenfreunde gegeben, denn ich brauche Sie ja nur daran zu erinnern, daß es im Saargebiet eine Stadt mit dem Namen Saarlouis gibt, die als Gründung Ludwigs XIV. immer Zeugnis für Frankreichs Recht auf das Saargebiet ablegen wird.

Der Deutsche: Kommen auch Sie mit dieser auf ganz falschen Voraussetzungen aufgebauten Legende vom französischen Saarlouis? Gewiß, diese Stadt ist von Ludwig XIV. gegründet worden, sie ist auch seit ihrer Gründung bis 1815 dauernd bei Frankreich verblieben, als ein letzter Rest aus den gewaltsamen Eroberungen Ihres Sonnenkönigs. Aber das alles hat daran nichts ändern können, daß diese Stadt mit dem französischen Namen immer eine Stadt mit deutschem Herzen blieb. Denn die Bewohner waren nun einmal Deutsche, und sie haben an der Protestbewegung gegen den Ersten Pariser Frieden ebenso energisch sich beteiligt wie alle anderen saarländischen Gemeinden.

Der Franzose: Ja, wie steht es dann aber mit dem Urteil unseres, doch auch Ihnen sicher wohlbekannten Historikers Babelon, der vor einigen Jahren ein Buch über das Saargebiet geschrieben hat und darin über Saarlouis zu folgendem Urteil kommt: „Saarlouis ist eine französische Stadt wie Metz, Nancy und Diedenhofen. Was sage ich? Die Rechte Frankreichs an Saarlouis sind gleich den Rechten Frankreichs an Paris."

Der Deutsche: Die wissenschaftlichen Arbeiten Ihres Historikers Babelon, die ja wohl vor allem das Altertum betreffen, in allen Ehren, aber in seinem Urteil über Saarlouis geht er völlig fehl. Fragen Sie doch einmal die Saarlouiser Bürger selber, und Sie werden wohl kaum jemand dort finden, der Franzose sein möchte. Erst vor kurzem hat sich die Bevölkerung dieser Stadt von neuem ganz energisch gegen den Mißbrauch gewandt, den Ihre Propaganda mit dem Namen Saarlouis treibt. So heißt es in einer dieser Erklärungen u. a.: „Je mehr auf solch lügenhafte Weise versucht wird, den treudeutschen Charakter der Stadt Saarlouis in Zweifel zu ziehen, desto entschiedener wird ihre Bevölkerung derartige Unterstellungen zurückweisen. Stadt- und Landkreis Saarlouis und mit ihnen das ganze Saargebiet waren deutsch, sind deutsch und bleiben deutsch; sie wünschen nichts sehnlicher als eine baldige Rückgliederung an ihr deutsches Vaterland." Das dürfte wohl genügen, und Sie würden sich nur ein Verdienst um den deutsch-französischen Frieden erwerben, wenn Sie als Franzose dazu mithelfen würden, endlich diese Saarlouiser Legende aus der Welt zu schaffen.

Der Franzose: Ich muß zugeben, daß Sie mich tatsächlich immer mehr in die Enge treiben. Aber ich gebe mich noch nicht geschlagen, denn wie Sie wissen, konnte Clemenceau sich auf den Pariser Friedensverhandlungen darauf berufen, daß im Saargebiet 150 000 Franzosen wohnen, und Clemenceau wird doch gewußt haben, was er sagte.

Der Deutsche: Das war eben nicht der Fall, denn seine Behauptung von den 150 000 Franzosen, die im Saarland wohnen sollten, war eine glatte Erfindung. Ueberlegen Sie doch einmal selbst! Im Saarland haben in den verflossenen 15 Jahren wiederholt Wahlen zum Saarparlament und zu den Gemeindevertretungen stattgefunden. Hierbei hätten doch die 150 000 Franzosen, von denen Clemenceau in Paris gesprochen hat, irgendwie in Erscheinung treten müssen. Aber weder im Saar-Parlament noch in den Gemeindevertretungen haben die Franzosen trotz aller amtlichen Förderung auch nicht einen Sitz erobern können. Nicht einmal die franzosenfreundlichen Separatisten haben das vermocht, wenigstens nicht im Saar-Parlament; und bei den letzten Gemeindewahlen im November 1932 konnten sie sich ganze sieben Mandate gegen 282 deutsche Mandate sichern.

Der Franzose: Ihre Gegenbeweise sind tatsächlich schlagend, aber schließlich kann doch der völkische Gesichtspunkt allein nicht entscheiden. Es muß doch auch berücksichtigt werden, daß die wirtschaftliche Zukunft des Saargebiets und damit das Wohl seiner Bewohner nur gesichert ist, wenn das Gebiet bei Frankreich bleibt. Die wirtschaftlichen Interessen des Saargebiets weisen doch ganz nach Frankreich.

Der Deutsche: Ganz abgesehen, daß gerade der völkische Gesichtspunkt der wichtigste für eine Lösung der Saar-Frage bleiben muß, ist auch das ein Irrtum Ihrerseits, daß die saarländische Wirtschaft Frankreich braucht. Im Gegenteil, der französische Markt ist für die saarländische Industrie gar nicht mehr aufnahmefähig, und einer Ihrer bekanntesten Wirtschaftler schrieb bereits im Jahre 1924 durchaus treffend: „Das Saargebiet besitzt seiner Tradition, seiner Herkunft und seiner geographischen Lage nach Süddeutschland als natürliches Hinterland. Der saarländische Produktionsüberschuß muß diesen seinen natürlichen Absatzweg nach Deutschland beibehalten. Der französische Markt ist direkt an dieser Regelung interessiert, wenn er nicht buchstäblich von der Produktion der saarländischen Industrie überschwemmt und sich wegen der eigenen Ueberproduktion unfähig erweisen will, sie aufzunehmen."

Der Franzose: Aber wir brauchen doch die saarländische Kohle für unsere lothringische Industrie! Schon 1861 wies unsere Presse darauf hin, „daß man einer Nation nicht verweigern dürfe, was ihr die Natur selbst bestimmt hat".

Der Deutsche: Also weil Frankreich die Saarkohlen braucht, sollen 800 000 Deutsche politisch vergewaltigt werden? Als ob es nicht Wirtschaftsverträge unter den Kulturnationen gäbe, wodurch auch dieses wirtschaftliche Interesse Frankreichs berücksichtigt werden könnte. Wir haben ja auch bereits Frankreich in dieser Richtung Vorschläge gemacht, nur daß Herr Boncour im Januar dieses Jahres im Senat ausdrücklich betonte, „Frankreich könne trotz vorteilhafter wirtschaftlicher Angebote Deutschlands der Saarbevölkerung das Recht zur Abstimmung nicht nehmen." Im übrigen braucht Deutschland die Saarkohle für seine Industrie noch weit mehr als Frankreich. Nehmen wir das letzte Friedensjahr 1913 als Grundlage, so führte das Saarland nach Preußen und Süddeutschland 69,7 Prozent seiner Steinkohle aus, nach Elsaß-Lothringen 12,7 Prozent, nach Frankreich 8 Prozent. Von seiner Kokserzeugung setzte es in Preußen und Süddeutschland 90 Prozent ab, in Frankreich und anderen Ländern 10 Prozent. Teer, Pech, Harz und andere Nebenprodukte der Kohlengewinnung gingen ausschließlich in das Reich. Das Saarland steht und fällt wirtschaftlich mit einem engen Zusammenhang mit dem deutschen Markt, nicht aber mit dem Frankreichs.

Der Franzose: Sie mögen ja in gewissem Sinne recht haben, daß auch Deutschland an der saarländischen Produktion interessiert ist, doch Frankreich ist es jetzt ebenso, und da wäre es doch schließlich das beste, das Saarland bliebe ein selbständiges Gebiet, es bliebe alles so, wie es bisher war seit dem Versailler Friedensvertrag. Mir scheint, daß unsere „Association Française de la Sarre" doch den richtigen Standpunkt vertritt, wenn sie folgendes geltend macht: „Bleibt das Saargebiet selbständig, so werden die Saarländer alle Vorteile einer internationalen Einrichtung behalten. Deshalb soll man das Experiment nicht unterbrechen. Wäre es nicht gut, wenn Frankreich und Deutschland an der Grenze endlich einmal wirtschaftlich und geistig zusammenarbeiten würden? Aus Gründen idealistischer und realistischer Politik halten wir es für richtig, diese Lösung zu befürworten."

Der Deutsche: Mit einer solchen Lösung der Saarfrage könnten sich weder die Saarländer noch wir Deutsche jemals zufrieden geben. Denn sie wäre keine Lösung, da durch sie das Saarland weiter gegen seinen Willen vom deutschen Mutterland getrennt bliebe, und Frankreich in ihm die Vorherrschaft behalten würde.

Der Franzose: Aber gerade wenn Sie an Ihre deutschen Brüder im Saargebiet denken, dann sollten Sie doch für die weitere Selbständigkeit des Saargebiets eintreten. Denn wird jetzt das Saargebiet wieder Deutschland eingegliedert, so kann das nach 15 Jahren nicht ohne schwere wirtschaftliche Verluste der Saarbevölkerung vor sich gehen.

Der Deutsche: Das lassen Sie nur unsere Sorge sein! Seien Sie versichert, daß diese Rückgliederung des Saarlandes an das deutsche Mutterland so reibungslos wie möglich vor sich gehen wird. Die saarländische Bevölkerung

Aufruf!

An die alten Kämpfer und Ausgewiesenen der Saar

Wir stehen am Ende des Kampfes um die deutsche Saar: Am 13. Januar wird das deutsche Saarvolk den Versailler Mächten die Antwort erteilen, die sie selbst verlangten, als sie die Volksbefragung „15 Jahre nach Inkraftsetzung dieses Vertrages" vorschrieben. Uns ist um diese Antwort nicht bange, weniger hoffnungsvoll jedoch sind jene, die in Versailles mit den 150 000 Saarfranzosen operierten, und die heute mit Hilfe von Separatisten, Verrätern und Emigranten vergeblich nach diesen „Saarfranzosen" suchen.

Am Ende dieses fünfzehnjährigen nationalen Kampfes geziemt es sich, daß wir jener Männer und Frauen gedenken, die vom ersten Tage dieses Freiheitskampfes um Heimat, Deutschtum und Vaterland an fremden Machtgelüsten, fremder Willkür und unwahren Behauptungen entgegentraten.

Ein kleiner Kreis von Männern und Frauen war es, der sich mit dem Einzug fremder Besatzung, mit der Einsetzung fremder Machthaber und mit dem Beginn „französischer Durchdringungspolitik" zusammenfand, um Mittel und Wege zu beraten, damit diese fremden Mächte kein Unheil anrichteten.

Aus Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, aus Handwerk, Handel und Gewerbe, aus Kreisen der Industrie und der Landwirtschaft, aus allen Schichten, Ständen und Berufen der Bevölkerung hat diese Abwehrfront sich gegründet und vergrößert.

Die Zeitverhältnisse, das Spitzeltum und die Terrormethoden der fremden Herren brachten es mit sich, daß diese Front deutscher Saarkämpfer in der Stille arbeitete und auch dann nicht von ihrer nationalen Aufgabe ließ, wenn Opfer auf der Strecke blieben.

Aber ihre Taten sollen nicht vergessen sein, ihre Namen dürfen nicht für immer unbekannt bleiben.

An der Saar und im Reich soll man wissen, wer die waren, die keine Gefahren scheuten, als es sich darum handelte, deutsche Saarfreiheit, deutsche Saarheimat, deutsche Saarzukunft zu verteidigen.

Heraus darum, ihr alten Kämpfer der Saar, heraus, ihr Ausgewiesenen und Verfolgten, aus eurer bescheidenen Zurückhaltung. Ihr sollt, wenn an der Saar die Glocken der Freiheit läuten, wissen, daß man euch nicht vergessen will.

Der „Saar-Freund" will es unternehmen, eure Namen zu sammeln und aus eurem stillen, heroischen Kampf Ausschnitte wiederzugeben, die der Welt zeigen sollen, wie man auf Seiten Frankreichs schon vor fünfzehn Jahren begann, die Saarabstimmung zu beeinflussen.

Die Saarregierung sucht krampfhaft nach Material, um es in Genf als „Beweis des Versuchs der Beeinflussung der Saarabstimmung" zu unterbreiten.

Wir wollen mit diesen Veröffentlichungen den Nachweis erbringen, daß von französischer und von seiten der Saarregierung nichts unversucht gelassen wurde, um durch Zermürbung des Widerstandswillens der Bevölkerung die Saarabstimmung im französischen Sinne zu beeinflussen.

Deshalb sollt ihr alten Kämpfer der Saar noch einmal, und diesmal mit eurem Namen und euren Taten, hervortreten, euch zur Ehre, der jüngeren Generation und den kommenden Geschlechtern zur Nacheiferung.

Wir erbitten deshalb von euch eure Namen mit genauen Daten und Bild, eine kurze Episode aus euren Kämpfen, die Art eurer Verfolgung und kurze Angaben über euren späteren Schicksalsweg.

Alt-Kämpfer, Ausgewiesene der Saar, noch einmal an die Front!

Berlin, im Oktober 1934.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein"
Th. Vogel, Verwaltungsdirektor

Die Schriftleitung des „Saar-Freund"
Richard Posselt, Hauptschriftleiter

---

weiß sehr wohl, daß hier das Reich hinter ihr steht, und sie wird sich auch durch solche Bedenken, mit denen jetzt Ihr Straßburger Sender arbeitet, nicht irre machen lassen in ihrer Treue zum Deutschen Reich und zum deutschen Volk. Frankreich hat zweimal Gelegenheit gehabt, auf die Saarabstimmung zu verzichten, die ihm nur eine Blamage einbringen kann; es hat auf dieser Abstimmung bestanden, und wir Deutsche sind überzeugt, daß die saarländische Bevölkerung nicht versäumen wird, eine der französischen Politik recht wenig angenehme Quittung auszustellen.

Der Franzose: Wenn ich das alles noch einmal überlege, was Sie mir über die Saar-Frage und ihre gerechte Lösung gesagt haben, so muß ich allerdings bekennen, daß ich nur wünschen kann, unsere Politik bliese noch im letzten Augenblick zum Rückzug in einer Sache, die bereits verloren ist.

Der Deutsche: Auch ich könnte das nur wünschen, denn wir Deutsche wollen ja auch mit Frankreich im Frieden leben, und wir verlangen in der Saar-Frage nur unser Recht, und wir fordern es um des Friedens willen.

Ich weiß ein Land ...

H. Breider, Feldw. i. Stabe Rf. 6.

Ich weiß ein Land mit heißem Herzen,
Das heim nur zu der Mutter will.
Mit Stolz erduldet alle Schmerzen,
Ein deutsches Kind treu, hart und still.

Ich weiß ein Land mit deutschem Fühlen.
Nach Osten nur den Blick gewandt.
Trotz Willkür, Macht und welschem Wühlen ...
„Es bleibt ein Stück vom Vaterland"

Kann Herr Knox neutral sein?

Von Werner Pardolk

In der Note der Friedenskonferenz vom 16. Juni 1919 an die deutsche Delegation ist zur Frage der Volksabstimmung wörtlich gesagt: „Nach Ablauf der fünfzehn Jahre wird die „gemischte" Bevölkerung (gemischt erst nach Einzug der Franzosen, Separatisten und Emigranten. D. Sch.), die in der Zwischenzeit die Kontrolle über ihre eigenen örtlichen Angelegenheiten unter der regierenden Aufsicht des Völkerbundes besitzen wird, volle Freiheit haben, um darüber zu entscheiden, ob sie die Vereinigung mit Deutschland oder die Vereinigung mit Frankreich oder die Fortsetzung des im Vertrag vorgesehenen Regimes vorzieht." Und weiter heißt es in der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte vom gleichen Tage: „Die alliierten und assoziierten Regierungen haben die größte Sorgfalt darauf verwendet, den Bewohnern des Gebietes selbst jeden materiellen und moralischen Schaden zu ersparen. Ihre Interessen sind in jeder Hinsicht sorgfältig beachtet worden, und ihre Rechtslage wird verbessert werden."

Wenn man in Versailles die Absicht gehabt hätte, die Verwaltung des Saargebiets nach den Interessen Frankreichs zu gestalten, dann hätte man sehr wahrscheinlich eine rein französische Verwaltungskommission eingesetzt. Da man es nicht tat, sondern ausdrücklich hervorhob, daß das Gebiet weder unter die Souveränität Frankreichs gestellt sei, noch daß die Verwaltungskommission der französischen Regierung verantwortlich ist, so war es der Wille der Versailler Diktatoren, daß das Saargebiet unparteiisch, d. h. von einer unabhängigen Kommission unter der Kontrolle des Völkerbundes verwaltet werden sollte.

Es ist richtig, daß diese Verwaltungskommission vom ersten Tage ihrer Amtszeit an unter französischem Einfluß und unter französischer Führung stand. Nachdem man Herrn Rault nach fünfjähriger Saarpräsidentschaft abberufen hatte, war man selbst in Genf der Meinung, daß es notwendig war, eine von Frankreich unabhängige Persönlichkeit mit der Präsidentschaft zu betrauen. Herr Waugh wie auch Herr Stephens, beides Kanadier mit rechtlicher Einstellung, haben nach kurzer Zeit um Enthebung von ihren Posten gebeten, weil sie feststellen mußten, daß sie sich gegen den französischen Einfluß und gegen das französische Intrigantentum nicht durchzusetzen vermochten.

Man hat dann einen britischen Diplomaten, Herrn Knox, mit der Präsidentschaft innerhalb der Saarregierung betraut in der Hoffnung, daß es ihm gelingen würde, in dieser Völkerbundskommission Unparteilichkeit und Gerechtigkeit zur Geltung zu bringen. Wir sind sogar der Meinung, daß er mit den besten Absichten nach Saarbrücken kam. Hier aber mußte er feststellen, daß der zu ⅚ mit Franzosen durchsetzte Beamtenstab der Saarregierung eine andere Meinung und eine andere Entscheidung als die französische nicht aufkommen ließ. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob das saarländische Mitglied der Saarregierung alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, um Herrn Knox den Weg zu korrekter Unparteilichkeit zu ebnen. Denn von Herrn Ehrnrodt wissen wir, daß er sich große Mühe gab, um die Dinge an der Saar mit unparteiischen Augen zu sehen und seine Entscheidungen unparteiisch zu treffen. Offenbar hat er aber nicht die Unterstützung gefunden, die notwendig war, um seine Unparteilichkeit auch zu wahren.

Wir haben lange zu den uns unverständlichen Maßnahmen des Herrn Knox geschwiegen, weil wir versuchten, uns in seine Lage hineinzuversetzen. Wir haben uns bemüht, den Gesichtspunkten nachzugehen, die ihn bei seinen Entschlüssen leiteten. Wir haben in Rechnung gestellt, daß er sich einer äußerst schwierigen Lage gegenübersah, und daß es einer gewissen Zeit bedurfte, um sich vollständig in die Materie einzuarbeiten, die hier an der Saar zu bearbeiten war. Wir haben Verständnis dafür, daß er in den ersten Monaten seiner Tätigkeit nicht alles so klar zu überblicken vermochte, wie es notwendig war, um wirklich unparteiisch entscheiden zu können.

Aber so viel Entschuldigungsgründe wir auch gelten zu lassen bereit wären, was sich in den letzten Monaten in seinem Namen an der Saar abgespielt hat, das ist nicht Zufall, nicht Ungeschick und auch nicht Unfähigkeit, das ist wohlüberlegte innerlich gewollte Absicht. Denn daß Herr Knox kein Gefühl dafür haben sollte, daß das Verhalten derer von Braun, Hoffmann, Machts und Genossen krassester Landesverrat ist, daß er kein Verständnis dafür haben sollte, daß die Bevölkerung des Saargebiets die Bevorzugung der Emigranten und Separatisten als Herausforderung ansehen muß, daß ihm die Einsicht fehlen sollte, seine Berichterstattung nach Genf sei unvereinbar mit den tatsächlichen Verhältnissen, das alles glauben wir nicht. Herr Knox weiß, daß Separatisten, Emigranten und Verräter an der Saar Werkzeuge der französischen Saarpolitik sind, weiß, daß seine Darstellungen über die verschiedensten Vorgänge an der Saar tendenziös abgefaßt sind, er weiß, daß seine Maulkorbverordnungen nur den Feinden des Deutschtums zugute kommen, er weiß, daß im Saargebiet zu keiner Stunde Ruhe und Sicherheit gefährdet wären, wenn er die nichtabstimmungsberechtigten Hetzer aus den Kreisen der Separatisten und Emigranten, wenn er die Agenten Moskaus auf Grund der von der Saarregierung selbst erlassenen Bestimmungen über das Niederlassungsrecht so behandelte, wie die Saarregierung reichsdeutsche Personen von Anfang an behandelt hat. Herr Knox weiß, daß mindestens 95% der abstimmungsberechtigten Saarbevölkerung die vorbehaltlose Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland verlangt.

Wie aber soll die Bevölkerung, wie soll eine deutsche Regierung Vertrauen in die Unparteilichkeit des Herrn Knox setzen können, wenn er jede Kundgebung der deutschen Saarbevölkerung, wenn er jede Denkschrift und Eingabe der Deutschen Front an den Völkerbund mit tendenziösen Randbemerkungen versieht, um die Glaubwürdigkeit der Verfasser in Zweifel zu ziehen, während er Denkschriften der Separatisten, Emigranten und Marxisten befürwortend und mit höflichen Worten weitergibt? Wie kann er Vertrauen erwarten, wenn er die Eingabe eines einzelnen wie des Separatisten Johannes Hoffmann ohne Beanstandung passieren läßt, obwohl H. behauptet, daß er seine Eingabe „im Namen von 200 Delegierten" verfaßt habe.

Angesichts solchen Verhaltens des Herrn Knox ist es sehr schwer, bei ihm guten Willen vorauszusetzen. Herr Knox ist auf Grund des ihm gewordenen Amtes, für das er aus Mitteln der saarländischen Steuerzahler bezahlt wird, verpflichtet, die „volle Freiheit der Bevölkerung bei der Saarabstimmung" zu gewährleisten. Er ist ferner verpflichtet, dafür zu sorgen, daß den Bewohnern jeder materielle oder moralische Schaden erspart bleibt. Sind aber die moralischen Rechte und Interessen der Bevölkerung durch Herrn Knox gewahrt, wenn er sie der Willkür des Emigrantenkommissars Machts preisgibt, wenn er duldet, daß die Marxisten-, Separatisten- und Emigrantenpresse das deutsche Vaterland der Saarbevölkerung und ihre angestammte deutsche Regierung ohne Unterlaß verleumdet und beschimpft? Herr Knox weiß sehr wohl, daß das Saargebiet urdeutsches Land ist, daß seine Bevölkerung nicht gemischt, wie man es in Versailles behauptete, sondern rein deutsch ist, und er weiß auch, daß das Saargebiet trotz aller zweifelhaften Kniffe der französischen Politik deutsch bleiben wird. Und deshalb weiß er auch, daß die Pressehetze der Emigranten und Separatisten die eingesessene Bevölkerung des Saargebiets in zunehmender Weise erregen muß, weil er, Knox, nichts unternimmt, um dieses aufreizende Treiben landfremder Kreise zu unterbinden.

Die Anweisungen, die Herr Knox übrigens den saarländischen Beamten gegeben hat, bedeuten in ihrem eigentlichen Sinne nichts anderes, als daß er von ihnen fordert, sie sollten ihr deutsches Herz und ihren deutschen Sinn verleugnen. Entspringt ein solches Verlangen etwa dem Umstand, daß Herr Knox seine britische Gesinnung zugunsten einer französischen verleugnet? Wie er eine solche Unterstellung sehr wahrscheinlich mit Empörung zurückweisen würde, so verlangen die saardeutschen Beamten, verlangt die saardeutsche Bevölkerung, daß man ihr nicht eine Verleugnung ihrer deutschen Gesinnung zumuten sollte.

Wenn wir die Frage aufgeworfen haben, ob Herr Knox neutral sein kann, so ergibt sich die Antwort aus dem oben Gesagten zwangsläufig: Herr Knox kann nicht neutral sein, weil er nicht neutral sein will.

Saar-Sondertagung des Völkerbundsrates

Barthou sieht Schwierigkeiten beim Status quo

Der Völkerbund hat seine Herbstsitzung abgeschlossen, ohne die wichtigste Frage, nämlich die Saarabstimmung, zu erledigen. Hierfür soll vielmehr am 15. November eine außerordentliche Ratstagung zusammentreten. Zu dieser Sitzung soll das Dreier-Komitee einen Bericht ausarbeiten, der die verschiedenen auf die Durchführung der Abstimmung bezüglichen Fragen behandeln soll. In der Schlußsitzung des Völkerbundsrates nahm der französische Außenminister Barthou das Wort, um seine grundsätzliche Auffassung zur Saarfrage zum Ausdruck zu bringen. Er meinte u. a., daß es notwendig sei, sich nicht nur über die Vorbereitung, sondern auch über Folgen der Abstimmung klar zu werden. Dabei habe es sich hauptsächlich um die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet während der kommenden Monate zu handeln. Diese Frage sei derartig entscheidend, daß man es nur bedauern könne, daß sie noch nicht völlig geregelt sei.

Aus den letzten Mitteilungen der Saar-Regierung gehe hervor, daß die Lage ernst sei (!). Wenn die Regierungskommission, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich sei, nicht in kurzer Zeit eine Polizeitruppe zu ihrer Verfügung habe, auf die sie unter allen Umständen zählen könne, so sei zu befürchten, daß die Abstimmung zu Zwischenfällen führe, die ihre Ehrlichkeit und zugleich das Ansehen des Völkerbundes beeinträchtigen würden.

Die französische Regierung sei an dieser Frage ganz besonders interessiert, denn Frankreich könne auf Grund der Ratsbeschlüsse von 1925 und 1926 angerufen werden, um besondere Verantwortlichkeiten zu übernehmen. Er weise diese Verantwortlichkeiten nicht zurück. Er würde sich ihnen nicht entziehen, „wenn man einen Appell an Frankreich" richte.

„Aber", so fuhr Barthou fort, „ich drücke das einstimmige Gefühl meines Landes aus, wenn ich erkläre, Frankreich wünsche lebhaft, daß alles vermieden werde, was sein Eingreifen nötig machen könnte. Aber um das zu tun, ist es zunächst erforderlich, daß die zwei interessierten Parteien mit gleicher Loyalität die Verpflichtungen halten, die sie in ihren Briefen vom 2. Juni auf sich genommen haben. Dann muß die Regierungskommission die Mittel haben, um das Programm durchzuführen, das vom Völkerbundsrat am 4. Juni festgesetzt worden ist mit dem Ziel, die Polizei zu verstärken."

Barthou kam dann auf die bisherigen Bemühungen zur Verstärkung der Polizei zu sprechen. Er dankte den Ländern, die eine zustimmende Antwort im Hinblick auf die Anwerbung von Polizisten für die Saarpolizei gegeben haben.

Barthou erklärte sodann, daß sich Frankreich keiner der vorgesehenen drei möglichen Lösungen widersetzen werde, sondern ihnen unparteiisch gegenüberstehe.

Aber wenn die Abstimmung für die Aufrechterhaltung des bestehenden Regimes falle, müsse man dieses genau bestimmen. Einfacher werde die Vereinigung mit Frankreich oder die Rückkehr nach Deutschland zu lösen sein.

Die Beibehaltung des bestehenden Regimes müsse den Wählern klar sein, und der Rat müsse für Aufklärung sorgen. Auf der kommenden außerordentlichen Ratstagung im November müsse diese Frage geregelt werden. Frankreich sei der Meinung, daß bei einer Entscheidung für die Beibehaltung des gegenwärtigen Regimes der Mitwirkung der Bevölkerung ein weiter Spielraum gewährt werden müsse. Barthou spielte dann auf „gewisse Dokumente" der Regierungskommission an, um unterstreichen zu können, daß er bemüht sei, keinerlei Leidenschaft in die Erörterung hineinzutragen. Frankreichs Außenminister fühlte sich schließlich bemüßigt, noch einmal zu betonen, daß nach dem Versailler Vertrag die Abstimmung frei und vertrauenswürdig sein müsse.

★

Die Rede Barthous ist gewollt schief und tendenziös. Trotzdem verzeichnen wir mit Genugtuung seine Feststellung, daß die Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland einfach zu lösen sei. Damit gibt er die natürliche und noch immer enge Verbundenheit des Saargebiets mit dem deutschen Vaterland zu und verweist auf die Gefährlichkeit des Experiments des Status quo.

Eine deutliche Antwort an Barthou

Die Landesleitung der Deutschen Front im Saargebiet hat an den französischen Außenminister Barthou ein Telegramm gerichtet, in dem sie sich gegen die Note Barthous an den Völkerbundsrat wendet. In dem Telegramm wird u. a. ausgeführt, daß die Erfahrungen, die an der Saar mit den Erklärungen französischer Minister gemacht worden seien, mißtrauisch gemacht hätten, wie das die Denkschrift Tardieus und Clemenceaus Erklärungen bewiesen. Beider Behauptungen seien offensichtlich so unrichtig, daß jede weitere Ausführung dazu überflüssig sei. Sie seien aber die Grundlage, auf der das Saarstatut aufgebaut sei!

Gegenüber den Forderungen Barthous sei zunächst zu sagen, daß das Verhältnis zwischen den Deutschen im Saargebiet und dem Deutschen Reich eine Sache sei, die in der deutschen Volksfamilie geregelt werde, ohne daß ein fremder Vormund dazwischenrede. Im Interesse des Saarvolkes könne man unmöglich zugeben, daß die Souveränität Deutschlands nach der Rückgliederung durch irgendwelche neuangestrebten Bindungen angetastet werde. Die Erörterung der Frage, ob das Saargebiet ganz oder zum Teil zu Frankreich „zurückkehre", scheide für das Saarvolk vollkommen aus.

Was der Status quo für das Saargebiet bedeute, sei im übrigen auf Grund von 15jährigen Erfahrungen leider nicht unbekannt. Der Präsident Rault habe denn auch vor dem Völkerbundsrat ganz offen zugegeben, daß er unter diesem Status quo als französisches Mitglied der Regierungskommission den Anweisungen Rechnung zu tragen habe, die ihm Frankreich gebe, und daß er die Interessen Frankreichs im Saargebiet speziell zu vertreten habe. Er habe es überhaupt als Aufgabe des Präsidenten der Regierungskommission angesehen, „die Autonomie des Saargebiets durch Lösung der Bande, die das Gebiet in politischer wie in verwaltungstechnischer Hinsicht mit dem Deutschen Reich verknüpften, zu verwirklichen." Er habe das sogar als seine wichtigste Aufgabe bezeichnet.

Wenn Sie, so heißt es dann weiter, nun in Aussicht stellen, daß bei der Ausarbeitung des künftigen Saarstatuts ein breiter Platz für die Mitarbeit der Bevölkerung geschaffen würde, daß schon jetzt die Möglichkeit vorzubereiten sei, dieses Statut zu ändern, so müssen wir Sie auf § 34 des Saarstatuts aufmerksam machen, der wörtlich zu diesem Teile lautet: „Eine Abstimmung findet über folgende drei Fragen statt: a) Beibehaltung der durch den gegenwärtigen Vertrag und diese Anlage geschaffenen Rechtsordnung." Diese Rechtsordnung kann also durch einen Beschluß des Völkerbundsrats nicht geändert werden.

Eine Aenderung ohne die Zustimmung sämtlicher Unterzeichner des Versailler Vertrags, also auch Deutschlands, wäre ein glatter Rechtsbruch. Wir wissen, Herr Minister, daß das Volk, das Sie die Ehre haben zu vertreten, den Frieden will, genau so wie das deutsche Volk. Wir hier im Saargebiet glauben und hoffen, daß für die Saarfrage eine Lösung gefunden werden wird, die uns die Gewähr eines dauernden Friedens bringt. Der Vertrag von Versailles ging bei der Abtrennung von falschen Voraussetzungen aus, die heute im Urteil der Welt bekannt sind. Das deutsche Volk an der Saar wird sich stets zu seinem angestammten Vaterland bekennen, erst recht, nachdem es weiß, daß es von einem Manne geführt wird, der nichts weiter als den Frieden der Welt und das Beste seiner Nation will.

Wir werden uns deshalb immer zu Deutschland bekennen, ebenso wie die wenigen Franzosen, die im Saar-

gebiet sind, sich zu Frankreich bekennen. Was im übrigen die Verlängerung des Status quo für den Frieden Europas heißen würde, hat bereits im Jahre 1929 der Ihnen bekannte Herr Matthias Braun, ein jetziger Vorkämpfer der Beibehaltung dieses widernatürlichen Zustandes, klar erkannt und in vortrefflicher Weise zum Ausdruck gebracht: „Es ist die Sorge aller Deutschen und Europäer, insbesondere aber unsere eigene Saarsorge, zu verhüten, daß an der Südostecke des Reiches ein zweites Elsaß-Lothringen entsteht, das eine neue tausendjährige Erbfeindschaft zwischen zwei Völkern aufrichtet, deren gegenseitige Ergänzung das Glück Europas und der Welt bedeuten könnte!" Herr Minister, Sie haben in eine Debatte eingegriffen, die uns zu diesen Ausführungen gezwungen hat. Wir achten die französische Ehre und hätten auch erwartet, daß Sie die Ehre des deutschen Volkes an der Saar achten.

Wir bekennen feierlich: So wenig wir dem französischen Volk zumuten, daß ihm ein Deutscher in seine ureigensten Belange hineinredet, so sehr wehren wir uns dagegen, daß Sie als französischer Minister unsere deutsche völkische Zukunft bestimmen wollen.

Zur Saarabstimmung

Pässe für Saarabstimmungsberechtigte

Amtlich wird folgendes bekanntgegeben:

Reichsangehörigen, die die Ausstellung eines Passes mit der Begründung beantragen, daß sie sich zur Abstimmung in das Saargebiet begeben wollen, wird der Reisepaß von den zuständigen Paßbehörden vom 15. Oktober 1934 ab gebührenfrei mit einer Geltungsdauer bis zum 15. Februar ausgestellt, wenn sie glaubhaft nachweisen, daß sie abstimmungsberechtigt sind.

Die Glaubhaftmachung kann z. B. erfolgen durch Vorlage einer Bescheinigung

a) der saarländischen Abstimmungsbehörde, daß der Antragsteller in die Abstimmungslisten eingetragen oder sein Antrag auf Eintragung in die Abstimmungsliste bei der saarländischen Abstimmungsbehörde eingegangen ist;

b) der Saarmeldestelle seines jetzigen Wohnsitzes (Polizeirevier oder Einwohnermeldeamt), daß der Antragsteller in die Saarkartei eingetragen ist.

So spricht Frankreich

Die Drohungen mit französischen Truppen

„Zwei an der Saargrenze aufgestellte Divisionen würden eine wirksamere Sicherheitsgarantie gegen jeden Friedensstörungsversuch bilden, als einige hundert an die Saar geschickte Gendarmen." Mit diesen Worten sekundiert das stets deutschfeindliche Londoner Sonntagsblatt „Sunday Referee" (23. 9.) dem Pariser Nachbarn, dessen Außenminister Barthou bei der Enthüllung der Gedenktafel an Delcassé die Lage von heute mit jener gleichstellte, als sein dereinstiger Vorgänger die Bündnispolitik zum Zweck der Einkreisung Deutschlands begann. Die französischen Militärbehörden aber setzten ihre diesbezüglichen praktischen Demonstrationen fort, indem sie im Anschluß an die 11. Infanterie-Division (vergl. „Saarfreund" S. 406) auch die beiden anderen Divisionen des 20. Armeekorps in der Nähe der Saargrenze „sehr interessante Manöver" abhalten ließen. Besonders bezeichnend dabei ist, daß unter den 9 Infanterie-Regimentern dieses Grenzkorps nicht weniger als 4 farbige sich befinden, die bereit sind, ihre Kultur ostwärts zu tragen.

Nun erklärt zwar der „Temps" (1. 10.), daß die von Herrn Barthou am 27. September nachmittags in Genf gehaltene „klare, knappe und freimütige „Rede" in nichts die Vorbereitung einer französischen Einmischung in die Abstimmung bedeute". Aber nicht nur die böse deutsche öffentliche Meinung hat aus ihr die Drohung mit dem Einmarsch herausgelesen. Die „Times" ist derselben Ansicht Sie erwähnt (1, 10.), daß es sich um den im März 1926 vom Völkerbundsrat gebilligten Bericht der Regierungskommission bei Barthous Rede gehandelt habe, in dem es heißt. „Es ist notwendig, daß die Kommission jederzeit die außerhalb des Saargebiets und in der Nähe ihrer Grenzen stehenden Truppen anfordern kann." Das Londoner Blatt fügt an, daß von französischen Truppen dabei nicht gesprochen sei (was im übrigen zu vermerken gar nicht uninteressant ist, denn Herr Barthou sprach ja von den Frankreich aus den Ratsentschließungen von 1925 und 1926 ihm obliegenden „besonderen Verantwortlichkeiten"!). Aber, so fährt es fort: „In der Praxis würden die Truppen natürlich Franzosen sein." Wenn auch die „internationale Autorität während der Abstimmung aufrechterhalten werden muß, so ist es klar, daß es am besten wäre, wenn die Regierungskommission sie mit eigenen Mitteln, unterstützt durch eine besondere Abteilung internationaler Polizei, zu sichern vermöchte. Aus dieser, also von Frankreich abweichenden Auffassung heraus bedauert die englische Zeitung die „unglückliche" Ablehnung der Rekrutierung durch die Schweizer Regierung. Im übrigen hat die britische Regierung sich zwar den „verdienten Glückwünschen" an ihren Landsmann, Herrn Knox, angeschlossen, die ihm in Genf „wegen der mutigen und festen Art, in der er einem ernsten Problem gegenübertritt", dargebracht wurden, bleibt aber bei dieser ihrer platonischen Hilfe. Die sich in England meldenden Anwärter für die internationale Polizei hat sie lediglich an die Regierungskommission verwiesen, dabei jedoch bemerkt, daß sie vollkommen deutsch sprechen müßten. So ist es zum mindesten fraglich, ob Herrn Knox' Heimat ihm die angegebene Zahl von etwa 30 Mitstreitern zu Hilfe schicken wird.

Auf französischer Seite sind es natürlich Krokodilstränen, die wegen des bisherigen Versagens der (natürlich zum mindesten zur Hälfte aus deutscher Tasche teuer bezahlten) Werbung fließen. Wie weit man in Paris mit Gedankensprüngen weltpolitisches Gelände bei der Saarfrage überquert, zeigt ein Aufsatz im „Matin" (27. 9.) über die eingeleitete Verlegung des Schwerpunkts der französischen Flotte aus dem Mittelmeer in den Kanal. Hier heißt es: „Die Saarabstimmung im Januar wird unausbleiblich eine Spannung ergeben, die uns zu einigen Vorsichtsmaßregeln zwingt. Wird zu diesem Zeitpunkt das Nordgeschwader in der Lage sein, seine Aufgabe zu erfüllen?" Diese, im Blatte gesperrte Frage stellt nicht ein Beliebiger, sondern der Admiral Docteur, der bei der Londoner Flottenkonferenz französischer Sachverständiger war.

Auch ein bekannter Militärschriftsteller, General de Cugnac, schreibt in der „France militaire" (30. 9./1. 10.) einen Aufsatz über das Saargebiet. Wie General Hirschauer bei „den eindrucksvollen Feierlichkeiten in Metz" („Matin" 24. 9.) dem „französischen" Saarlouis eine Fahne des „Souvenir français" übergab, so sagt auch sein Kamerad, daß 1814 das Saargebiet französisch war. „Seitdem habe ein ständiger Zustrom preußischer Einwanderung von den Ufern der Oder" (!) das Bild verschoben. „Die Mehrzahl ist jetzt Deutschland günstig gesinnt." Aber er findet seinen Trost darin, daß die „Saardeutschen zweimal denken, ehe sie ihr Haupt unter die Guillotine legen", und so kommt er zum Ergebnis, daß „die katholische Geistlichkeit Herrin der Abstimmung am 13. Januar ist. Schon hat sie sich geteilt (siehe Herrn Doerr!!), und wenn die Saarregierung Kraft hat, sie zu schützen, dann werden auch die Unentschlossenen Mut zum Nachdenken bekommen." Er knüpft dabei auch an materielle Gründe für den Status quo an, der überhaupt bezüglich der Beamtenrechte, der Rechte der Sozialversicherten, dann der Devisen im Warenaustausch mit Deutschland jetzt sehr eifrig als den Saarländern vorteilhaft dargestellt wird.

Anfechtung der Abstimmungslisten.

Im übrigen wird von Paris aus die Anfechtung der Abstimmungslisten in großem Maßstabe organisiert. „Das

gefälschte Plebiszit" schreibt der „Temps" (29. 9.) und erwähnt als Kronzeugen seiner Behauptungen den Abgeordneten André Fribourg, der eben aus dem Saargebiet zurückkehre. Dieser Herr ist uns schon sattsam bekannt, vielleicht ergänzt aber eine Familiennachricht aus dem „Matin" (4. 10.) sein anmutiges Bild. Dort zeichnen als Verwandte der Familie Georg Fribourg auch die Familien Paul Kahn und Albert Nathan! Er schätzt die widerrechtlich von Deutschland in die Listen eingetragenen auf mehr als 80 000! Dabei erwähnt er besonders Offiziere und Soldaten deutscher Vorkriegsregimenter. (Die beiden Standorte Saarbrücken und Saarlouis hatten nicht einmal zusammen 10 000 Mann Garnison!) Nicht ohne Interesse ist im Vergleich hiermit eine vom französischen Saarverein früher erlassene Aufforderung an Frauen und Kinder der französischen Besatzung des Saargebiets nach dem Stand vom 28. Juni 1919, sich zur Abstimmung zu melden, da der Ausschluß der Stimmfähigkeit ihrer Männer sich nicht auf sie beziehe („Temps" 29. 8.). Dieses Blatt errechnet nun weiter, daß, wenn zur Nachprüfung jedes einzelnen der 540 000 Eingetragenen nur 5 Minuten verwendet würden, man 45 000 Arbeitsstunden brauche. Das sei bis zum 15. Dezember 1934 unmöglich. Was wiederum für Hinausschiebung des Abstimmungstermins unter Umständen verwertet werden wird! Denn, so sagt die „Aube" (8. 9.): Wie die Abstimmung auch ausfalle, sie würde sehr ernste Schwierigkeiten zur Folge haben. „Unter diesen Umständen ist es besser, den Triumph der freien Männer an der Saar zu wünschen und dementsprechend zu handeln."

Im Bunde mit Volksverrätern.

Hierzu werden die Greuellügen mit nicht nachlassendem Eifer weiter verbreitet. Der Bericht der internationalen Schnüffelkommission („Saarfreund" S. 401) ist noch nicht veröffentlicht, da sie selbst es noch für nötig hält, die Aussagen der „mehr als 40 Zeugen, Arbeiter, Gewerkschaftler, Intellektueller, Beamten und Geistlichen und der Dokumente" nachzuprüfen. Schon aber hat sich diese Kommission, deren Herkunft und Unparteilichkeit sich deutlich daraus ergibt, daß sie vom „Welthilfsausschuß für die Opfer des hitlerschen Faschismus" entsandt wurde, die erste verdiente Ohrfeige vom Saarabstimmungsausschuß geholt, der sich gegen die Behauptung wehrt, daß er die Abstimmung nicht sichern werde, und der die illoyale Berichterstattung jener Kommission anprangert. Wenn diese („Temps" 25. 9.) die Möglichkeit einer zweiten Abstimmung fordert, so ist ihre Legitimation zu diesem Verlangen schon genügend gekennzeichnet. Inzwischen aber rufen auch andere Leute am Seinestrand: „Der Terror wächst!" („Excelsior" 24. 9.). Dabei wird hervorgehoben, wie „eminente deutsche Persönlichkeiten" an das Saarvolk ein Manifest erlassen haben des Inhalts, daß „Stimmen für den Status quo keinen Vaterlandsverrat bedeute". Neben Herrn Heinrich Mann, Feuchtwanger, Ernst Toller, wird Prinz Max von Hohenlohe-Langenburg als „einer der größten Namen Deutschlands" dabei mit Genugtuung genannt.

Was dieser aus seines Geschlechtes hoher Ueberlieferung Entgleiste in Wirklichkeit bedeutet, erkannte man allerdings in Paris, als er dort öffentlich in jenem Sinne sprach. Es war so kläglich, daß die große Presse darüber schwieg. Auch Herr Max Braun, der Mitbeteiligte, verlor seine anfangs gute Presse. Vor der Versammlung, am 3. Oktober, brachte der „Excelsior" sogar sein Bild, lächelnd und überlegen. Er schilderte ihn „jung, fröhlich, lebendig, in ausgezeichnet passendem, aber sehr einfachem Gewand, mit Schneid und, mit Verlaub gesagt, einer gewissen Wollust den Drohungen gegenüber". Das verhinderte allerdings nicht eine sorgfältige Verheimlichung seiner Pariser Wohnung, denn „die Reichsregierung hat einen Preis von 100 000 Mark (600 000 Franken!) dem ausgesetzt, der ihn tot oder lebendig einbringt". So erzählte er dem Berichterstatter auch, daß er zum Haarschneiden nach Forbach fahren müsse!! Nachdem dieser noch in längeren Ausführungen beschriebene Held aber bei der „gemeinsamen Front" der Sozialisten und Kommunisten gesprochen hatte, suchte man vergeblich in den bekannten Tageszeitungen einen Bericht. Vielleicht gab den jetzt in Frankreich vor innenpolitischen Entscheidungen stehenden Regierungsparteien doch eine Erfahrung zu denken, der ein Brief an die „Times" (4. 10.) Ausdruck gibt. Nach zehntägiger Anwesenheit im Saargebiet berichtet dort ein Engländer, daß Rußland natürlich für Frankreichs Status quo eintrete, nicht nur um Hilfe gegen Japan zu erhalten. Vielmehr habe es, trotzdem die Regierungskommission streng jede gegen die Völkerbundsverwaltung gerichtete Kritik unterdrücke, „Saarbrücken zu einer ungeheuer wertvollen Basis für Verteilung kommunistischen Schrifttums gestaltet".

(Abgeschlossen am 8. Oktober 1934.)

Oberst a. D. Rudolf Ritter von Xylander.

Neuer Text zu alter Melodie

Von Oberst a. D. **Rudolf von Xylander**

„Der Appell an Frankreich, nach der Rückkehr der Saar zum Vaterland sich in Friede und Freundschaft mit Deutschland zu vereinen, konnte nicht aufrichtiger und beredter sein." Diesem Eindruck, den die „Times" am 28. August nach des Führers großer Ehrenbreitsteiner Rede wiedergaben, konnte trotz aller Verkleinerungsversuche die öffentliche Weltmeinung nicht verschlossen bleiben. Die immer wieder abgeleierte Melodie der bisher gespielten Grammophonplatte: „Was nützen uns Worte, wir wollen Taten sehen!" zog nicht mehr als Schlager. Denn allmählich hatte es doch der Verlauf der letzten anderthalb Jahre klargemacht, daß das neue Deutschland von ernstestem Friedenswillen erfüllt war. Wo und wie wollte man ihm nachweisen, daß er in seinen Taten in außenpolitischer Beziehung den Worten seiner Regierung widersprochen hatte? Es gab keinen einzigen Beweis dafür. Den Verzicht auf Elsaß-Lothringen hatte es erneuert, mit Polen hatte es sich verständigt, seine Bereitwilligkeit zur Verständigung mit allen anderen hatte es klar gezeigt. Wenn es gleiches Recht für alle und Wahrung seiner Ehre forderte, so konnte ihm das selbst mit raffiniertester Propaganda auf die Dauer nicht als Beweis der Kriegsabsicht angehängt werden.

Man mußte eine andere Platte auflegen, um die Welt „dumm" zu machen. Und siehe da, die Weltsendeleitung der deutschfeindlichen Propaganda hatte den neuen Schlager schon vorbereitet zur Hand. Gleich begannen die Franzosen ihn zu spielen. Der Text aber lautet: „Frankreich hat über das Saargebiet gar nichts zu entscheiden. Nur in Deutschlands Hand selbst liegt es, ob die Saar zu ihm zurückkehrt."

In allen Variationen klingt das Lied durch den Aether: „Frankreichs Haltung bezweckt nichts anderes als die Einhaltung des Friedensvertrags und die Freiheit der Abstimmung zu sichern. Deutschland hat vergebens versucht, die Frage von der juristischen Ebene auf die Ebene der Vereinbarung und des Opportunismus zu verschieben. Mit Recht hat sich die französische Regierung gewehrt, ihm dorthin zu folgen", so schreibt das Blatt des Auswärtigen Amtes, der „Temps". „Frankreich hat keine territorialen Wünsche", fügt es bei, um die Uneigennützigkeit des Landes zu zeigen.

Als Hüterin des Rechtes und selbstlose Wahrerin der überstaatlichen Vereinbarungen tritt die französische Republik auf. Demgegenüber wird vom Deutschen Reiche gesagt, daß es die Entscheidung im Saargebiet früher in der Hand gehabt habe, die sicherlich zu seinen Gunsten ausgefallen wäre, daß aber die Fehler des jetzigen Systems und der heutigen Regierung die dortige Bevölkerung so abschreckten, daß sie dem neuen Deutschland nicht angehören wollten. Das heilige Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Wilson zum Segen

der Menschheit der Beendigung des Weltkriegs zugrunde gelegt habe, verlange, so folgert die gehorsamst der gegebenen Parole folgende französische Presse, den Schutz dieser Absichten des Saarvolkes.

Wir Deutsche brauchen uns wahrhaftig nicht weiter mit der „französischen Selbstlosigkeit in bezug auf das Saargebiet" zu befassen, auch nicht über die wahre Stimmung an der Saar uns Sorgen zu machen. Ehrenbreitstein und Sulzbach, wie die wirklich waren, sind genügender Beweis dafür, wie unsere Getreuen an der Saar zum Dritten Reich und zu den Verrätern stehen.

Aber fragen müssen wir uns, was denn die neue französische Parole des Nichtinteressiertseins an der Saar eigentlich bedeutet. In jenem Aufsatz des „Temps" findet sich noch ein aufklärender Satz: „Man hat es als Schwäche der französischen Diplomatie bezeichnet, daß sie so viel Geschmack am Festhalten an juristischen Stellungen findet. Vielleicht ist das aber gerade ihre Stärke."

In der Tat trifft letzteres zu. Verfolgen wir die Rückwirkung der französischen Haltung auf andere Völker, so zeigt sich die Wirksamkeit der gallischen Taktik. Vom Leitaufsatz der „Times" an, die sagt: „Herr Hitler hat sich getäuscht, wenn er glaubt, daß der Friede an der Saar von anderen ebenso abhängt als von ihm. Er hängt von ihm allein ab", bis zur „Daily Mail", die schreibt: „Herr Hitler allein ist das Hindernis, daß nicht Friede und Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich bestehen", liegt der Erfolg dieser Taktik in ihrer ganzen Entwicklung klar. Genau wie dereinst der deutschen kaiserlichen Regierung die Schuld am Weltkrieg in die Schuhe geschoben wird, fängt auf französische Veranlassung die öffentliche Meinung in England — und darüber hinaus in vielen anderen Ländern — an, den deutschen Führer als Schuldigen zu bezeichnen. Die alte Melodie, die 1914 und vorher ertönte, ist dem neuen Text untergelegt, der in seinem ersten Vers von der Saar handelt, im weiteren Verlauf aber viel weiter führt.

Frankreich weiß ganz genau, daß es an der Saar selbst dieses Gebiet nicht seinem Vaterlande entreißen kann. Seine Hoffnung geht dahin, daß es im Zusammenhang der großen Gesamtereignisse dieses Ziel erreicht. So dienen die jetzt überall aufsprießenden Verleumdungen von deutscher Tätigkeit in Litauen, von Gewaltsabsichten gegen Oesterreich, von Aufeinanderhetzen Rußlands und Japans demselben Zweck, Deutschland vor aller Welt als Verbrecher hinzustellen, um mit Hilfe des „Weltgewissens" wieder moralisch als Retter der zivilisierten Welt vor den deutschen Barbaren dazustehen. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß Frankreich unter Ausnützung dieser Lage alles daran setzen wird, dem Schicksal des Saargebiets eine Wendung zu geben, die seinem Willen entspricht, die unter mißbräuchlicher Berufung auf Recht höchstes Unrecht schafft.

Saardeutsche Ehrenbürgerbriefe an Adolf Hitler

Im Rahmen einer kommunalpolitischen Studienreise von Stadtverordneten der Fraktion der Deutschen Front von Saarbrücken und Neunkirchen fand in der Reichskanzlei auch ein Empfang durch den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler statt. Die Studienkommission wurde geführt von Oberbürgermeister Dr. Neikes-Saarbrücken, Bürgermeister Dr. Blank-Neunkirchen und dem Vorsitzenden der Saarbrücker Stadtratsfraktion der Deutschen Front, Dr. Schweig. Dem Empfang wohnten auch der Chef des Protokolls Graf v. Bassewitz und Adjutant Brückner bei. Die Abordnung versammelte sich im Kongreß-Saal der Reichskanzlei. Oberbürgermeister Dr. Neikes überreichte dem Führer den Ehrenbürgerbrief der Stadt Saarbrücken mit einer Ansprache, in der er hervorhob, daß die Deutschen an der Saar nicht nur nach dem Buchstaben Deutsche seien, sondern nach Art und Gesinnung. Zu allen Zeiten seien sie sich der Verbundenheit mit Reich, Volk und Vaterland bewußt geblieben und empfänden deshalb auch die Geschehnisse in Deutschland als ihr eigenes Schicksal. Auch das Saarvolk, das aus ganzem Herzen dem Manne, der Deutschland in tiefer Notzeit erneuert hat, beseelt von unerschütterlichem Glauben, stehe fest zum überkommenen Erbe und werde am 13. Januar seine Vaterlandsliebe, seine Treue und sein Vertrauen auf des Reichskanzlers Führung beweisen. Im Anschluß an seine Ansprache bat Oberbürgermeister Dr. Neikes den Führer, die Ehrenurkunde der Stadt Saarbrücken als Zeichen der Verehrung und Anhänglichkeit entgegennehmen zu wollen.

Der Führer nahm die Urkunde und las sie in sichtlicher Freude.

Dann richtete Bürgermeister Dr. Blank-Neunkirchen das Wort an den Führer und führte etwa aus: Der Entschluß der Verleihung dieses besonderen Bürgerrechts entsprang einmal der allgemeinen Wertschätzung, die der Person und dem Werke des Führers gebührt, zum anderen dem Gefühl des Dankes für die reiche Hilfe, die die vom Reichskanzler geführte Regierung der Stadt Neunkirchen in den schweren Tagen des vergangenen Jahres habe angedeihen lassen. „Wir haben davon Abstand genommen" — so sagte Dr. Blank — „Ihnen eine Urkunde aus Papier zu überbringen. Wir haben ein ureigenstes Erzeugnis unserer Stadt gewählt, die gekennzeichnet ist durch Eisen und Kohle: einen Gruß aus Erz. Dieser Brief soll aber nicht nur symbolisch sein für uns, er ist es für unsere ganze Zeit, er möge es insbesondere sein für Ihr Werk. Das Bürgerrecht schließt in sich ein auch Bürgerpflichten, als deren erste die Residenzpflicht gilt. Drum, mit der Verleihung dieses Rechtes lade ich Sie auf das herzlichste ein, baldigst der Ihnen gewiß angenehmen Pflicht zu genügen."

Der Führer nahm auch die Gabe der Eisenstadt an der Blies mit Freude und Interesse entgegen, worauf als Sprecher der gesamten Deutschen Front im Saargebiet, Dr. Schweig-Saarbrücken, dem Treugelöbnis der Saarländer in folgenden Sätzen Ausdruck gab.

Er wies darauf hin, daß er vor drei Jahren den Führer für die letzten Landesratswahlen des Saargebiets um eine Parole bat, die er ihm mit den Worten gegeben habe: „Wenn der Nationalsozialismus ans Ruder kommt, dann werde ich keinen Quadratzentimeter preisgeben." Er dankte dann dem Führer für alles, was er für Deutschland und damit für das Saargebiet getan habe. In den Kämpfen der letzten hundert Tage werden wir immer wieder denen, die es hören wollen und die es nicht hören wollen, deutlich sagen: „Komme, was kommen will, mögen die anderen Pläne und Ränke schmieden, wo wir stehen, da ist Deutschland!"

Hierauf nahm der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler das Wort, um bewegt und erfreut für die Ueberreichung der beiden Ehrenbürgerbriefe und für das Treugelöbnis der Saarländer zu danken. Es sei ganz selbstverständlich, daß er nach der Wiedervereinigung des Saargebiets mit dem Reich den saardeutschen Volksgenossen einen Besuch abstatten werde. Auch für das Reich und für ihn sei die Saarfrage nie eine Angelegenheit der Paragraphen, sondern eine Sache des Herzens. Nicht aus den Paragraphen, sondern aus dem Charakter der Landschaft wachse die natürliche Zusammengehörigkeit, und deshalb sei es gar kein Zweifel, daß Saar und Reich untrennbar zueinander gehörten. An dieser Tatsache lasse er nicht rütteln; irgendein Kompromiß, das diese Tatsache verwische, sei ganz ausgeschlossen. Der Führer sprach dann mit Achtung von der deutschen Haltung der Saarbevölkerung in den zurückliegenden Jahren. Er wisse aus eigener Erfahrung, wie sich in den letzten Monaten eines Kampfes die Energien zusammenballten. Alle großen Entscheidungen der Geschichte, auch die Schlachtentscheidungen, zeugten dafür. Er zweifele nicht daran, daß das Saarvolk im sicheren Gefühl seines Sieges die Nerven behalte. Mögen auch Haß und Verleumdungen im Schlußkampf verstärkt das Haupt erheben: das Saarvolk und das Saargebiet gehörten zum Reich, zum Reich würden sie selbstverständlich zurückkehren.

Im Anschluß an seine Ansprache ließ sich der Führer sämtliche Führer der Saarabordnung vorstellen und erfreute

jeden einzelnen mit einem kräftigen und herzlichen Händedruck. Dann unterhielt er sich mit den Sprechern der Abordnung und sprach, an alle gewandt, in zwangloser Weise über die Neugestaltung im Reich. Unter anderem äußerte der Führer:

Wenn ihm das Ausland mit Haß begegne, so schere ihn das wenig. Ihm genüge das Vertrauen und die Liebe der eigenen Volksgenossen, für die er sorge und arbeite. Das ganze deutsche Volk sei nicht mehr wiederzuerkennen. Es habe wieder eine eigene Zuversicht und Selbstvertrauen, es verstehe wieder, sich selbst einzuschätzen. Es habe aus dem Dunst der internationalen Phrasen zurückgefunden zur Erkenntnis der eigenen Stärke. Ein 67-Millionen-Volk sei ein Machtfaktor; ob dieses Volk Kanonen habe oder nicht, die Welt komme an diesem Machtfaktor nicht vorbei.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam der Kanzler auf die Ausstreuungen gewisser Leute zu sprechen, daß nach der Rückgliederung des Saargebietes „gesiebt" würde zwischen Nationalsozialisten und Nichtnationalsozialisten. Wenn er „gesiebt" hätte, hätte er keine 38 Millionen hinter sich gebracht. Die Partei im Reiche habe niemals mehr Mitglieder gehabt als zwei Millionen. Kein Saarländer sei mehr als der andere. Es sei sein Bestreben, seine politischen Gegner nicht aus der Arbeit, sondern in die Arbeit zu bringen. „Dafür habe ich sie erobert!" Er wolle einen Willensausdruck für ein 67-Millionen-Volk schaffen. Es gälte, jedem einzelnen klarzumachen, daß der Nationalsozialismus auch für ihn Gewinn sei. Mit Zwang könne man vielleicht ein paar Millionen unterjochen, aber niemals ein ganzes Volk. „Die stärkste Macht, die ich besitze, ist die Macht der Volksgemeinschaft."

Oberbürgermeister Dr. Neikes dankte dem Führer für seine eindrucksvollen Worte, die für die deutsche Saar in den nächsten Wochen eine Stärkung seien. Sie würden dem Führer am 13. Januar viel Freude machen. Im Anschluß daran forderte Dr. Schweig die Anwesenden auf, in ein dreifaches Siegheil für den Führer einzustimmen, was auch mit großer Begeisterung geschah.

*

Bei einem Empfang der Abordnung im Berliner Rathaus sprach der Oberbürgermeister von Berlin, Dr. Sahm, den Saarländern für ihre Beharrlichkeit seine Bewunderung und sein Lob aus. „Hut ab vor den Saarländern!" rief Dr. Sahm aus, um sie zum Schluß an ihre nationalen Pflichten bei der nationalen Volksabstimmung zu erinnern. Als Vertreter der Gäste dankte Stadtverordneter Hillenbrand-Saarbrücken für die herzliche Aufnahme und erklärte dann wörtlich: „Wir werden der Welt am 13. Januar 1935 eine Antwort geben, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen wird. Unser Deutschtum ist voraussetzungs- und bedingungslos. Entscheidend sind für uns die Stimme des Blutes und des Gewissens und der Volkszugehörigkeit." Mit einem dreifachen Siegheil auf Deutschland und seinen Führer schloß Hillenbrand seine oft von starkem Beifall unterbrochenen Ausführungen.

Saarbevollmächtigter Gauleiter Bürckel gibt Auskunft

In der Genfer „Tribune de Genève" wird eine Unterredung wiedergegeben, die deren Berliner Vertreter mit dem Saarbeauftragten der Reichsregierung, Gauleiter Bürckel, in Neustadt hatte. Bürckel erklärte nach der genannten Zeitung:

„Es ist sicher, daß, selbst wenn wir nicht den kleinsten Finger rühren werden, wir dennoch am 13. Januar eine Mehrheit erzielen würden. Aber das genügt uns nicht, denn wir wollen ein triumphales Ergebnis der Abstimmung, und unsere Gegner machen durch ihre Uebertreibungen und vielen falschen Aussagen es uns zur Pflicht, vor der Welt zu beweisen, daß ihre Behauptungen falsch sind. Wie kann man von uns verlangen, daß wir mit gekreuzten Armen zusehen und nur hochmütig über die Verleumdungen, die gegen uns ausgestoßen werden, lächeln. Eine solche Haltung ziemte sich nicht für uns. Auch wenn ein Gatte seiner Frau vollkommen sicher ist, so hat er doch nicht das Recht, sie zu vernachlässigen."

Der Journalist fragte Bürckel: „Was werden Sie mit den Gegnern des Deutschtums im Saargebiet machen?

Auf diese Frage antwortete der Saarbeauftragte der Reichsregierung u. a.:

„Das kommt darauf an: Die, welche gegen Deutschland arbeiten, ohne das Abstimmungsrecht zu haben, sind Verräter an ihrem Vaterland, selbst vom juristischen Gesichtspunkt aus. Was würde man von einem Franzosen sagen, der in Nancy gegen Frankreich gearbeitet hat, von Belgiern, die in Lüttich gegen ihr Vaterland tätig sind, oder von Italienern, die sich in Como gegen ihr Land wenden? Wenn Emigranten im Saargebiet eine so große Tätigkeit gegen Deutschland entfalten, so tun sie das, weil sie geschützt und ermutigt werden. Deshalb soll sich dann auch der Genfer Organismus um sie kümmern. Wir werden ihnen auf jeden Fall Zeit genug geben, um ihre Angelegenheiten zu liquidieren.

Diejenigen aber, die abstimmungsberechtigt sind und sich dieses Rechts gegen uns bedienen, sind vom formaljuristischen Standpunkt aus nicht des Hochverrats schuldig, aber vom moralischen Standpunkt aus ist es schwer, sie völlig freizusprechen. Auf jeden Fall aber ist ihnen die Abstimmungsfreiheit durch ein kürzlich getroffenes Abkommen und durch den Vertrag selber gesichert, und die deutsche Regierung wird niemals diesen Saarländern die Gleichberechtigung versagen. Der deutsche Staat ist gewohnt, sein Wort zu halten."

Sodann warf der Journalist ein, daß Adolf Hitler ständig seinen Friedenswillen betone, und daß man sich fragen könne, ob nicht die Aufrechterhaltung des Status quo dem Frieden diene und daß die Schaffung eines Pufferstaates zur Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland beitrage.

„Ein Pufferstaat, nur bewohnt von Saardeutschen, in dem sich aber alle Emigranten ihr Stelldichein geben könnten, um von dort aus gegen Deutschland zu hetzen — und das Ganze durch eine Regierungskommission des Völkerbundes geschützt?" — erwiderte Bürckel, „ein solcher Pufferstaat wäre nicht etwa eine Brücke zwischen den beiden Ländern Deutschland und Frankreich, sondern ein Pferdefuß im wahren Sinne des Wortes."

„Aber Sie legen doch soviel Wert auf eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich", erklärte darauf der Schweizer Journalist, „weshalb will dann Deutschland nicht das Saargebiet auf dem Altar des deutsch-französischen Friedens opfern?"

„Das Saargebiet ist ein Teil Deutschlands", antwortete Bürckel, „kein Deutscher wird jemals einem neuen Verlust deutschen Bodens seine Zustimmung geben. Das ist eine einfache nationale Grundfrage. Was uns enttäuscht, ist, daß Frankreich erst in diesem Punkte einen Beweis sehen will. Das verpflichtet uns dazu, unsererseits ihm in dieser Frage eine Niederlage beizubringen. Aber sie ist nötig, um Frankreich verstehen zu machen, daß sich nach der Rückkehr des Saargebiets nichts mehr einer deutsch-französischen Verständigung widersetzt."

„Wenn Deutschland so sehr am Saargebiet hängt, sprechen dabei nicht auch militärische Gründe mit?", war die letzte Frage, die der Journalist an Bürckel richtete.

Er erhielt darauf folgende Antwort:

„Es handelt sich für uns weder um militärische, noch um wirtschaftliche Gründe. Es handelt sich darum, endlich eine Wunde zu schließen, die fünfzehn Jahre lang durch den Fehler des Versailler Vertrages offen blieb. Die Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland ist für uns keine materielle Angelegenheit. Sie ist ein Familienfest, welches wir uns am 13. Januar zu feiern rüsten; wir sind glücklich, uns wiederzusehen und uns mit den Brüdern aus dem Saargebiet wieder zu begegnen!"

Eine „Feststellungskommission" der Greuelhetze im Saargebiet / Und eine Klarstellung der Abstimmungskommission

Offenbar „im Interesse von Ruhe und Ordnung" an der Saar hat die Saarregierung einer „Kommission des Weltkomitees für die Opfer des Hitler-Faschismus" die Erlaubnis zum Studium des „ständig steigenden Terrors der Deutschen Front" an Ort und Stelle gestattet. Der Kommission gehören an Lord Marley, — bekannt durch den Reichstagsbrandstifter-Gegenprozeß — der amerikanische Rechtsanwalt William O. Thompson, der schwedische Senator Branting und der in seiner eigenen Heimat bestgehaßte Emigrant Graf Michael Karolyi. Sie hat das „Ergebnis" ihrer bisherigen „Arbeiten" der saarländischen Emigranten- und Separatistenpresse in Form einer Mitteilung zur Verfügung gestellt, in der es heißt, daß sie über 40 Zeugen — Männer und Frauen in Saarbrücken und an anderen Orten des Saargebiets — gehört habe, und zwar Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder, Mitglieder verschiedener politischer Organisationen, Intellektuelle, Beamte und Geistliche. Die Kommission will auch Gelegenheit gehabt haben, mit Mitgliedern der Regierungskommission sowie mit dem Präsidenten und Mitgliedern der Abstimmungskommission des Völkerbundes zu sprechen. Naturgemäß will die Kommission des „Weltkomitees" Beweise von Terror gegen die Saarbevölkerung, von Befürchtungen der katholischen Bevölkerung, von einer Gefahr der Nichtgeheimhaltung der Abstimmung und schließlich der weitverbreiteten „Forderung" nach einer neuen späteren Abstimmung gefunden haben.

Demgegenüber stellt die „Saarbrücker Zeitung" die Anfrage, ob sich unter den von der Kommission befragten Personen auch Anhänger der Deutschen Front befunden haben, und ob die Kommission nicht von dem Terror gegen die Deutschen im Saargebiet gehört habe. Das Blatt fährt dann fort:

„Die Kommission will Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder gehört haben.

Und die sollen nichts erzählt haben vom Terror der Grubenverwaltung?

Nichts von dem roten Terror?

Nichts von den Provokationen durch Emigranten und moskowitische Funktionäre?

Die Herren haben Beamte gefragt. Auch deutschgesinnte Beamte?

Und die sollen nichts erzählt haben von den mannigfachen Maßnahmen, die sie als Zumutung und Bedrückung empfinden?

Sie haben sich mit Mitgliedern der Regierungskommission unterhalten, doch wohl über die Bevölkerung. Wenn sie sich auch mit der Bevölkerung über die Regierungskommission unterhalten haben, werden sie ja einiges gehört haben.

Haben sie sich auch mit deutschgesinnten Katholiken unterhalten? Dann müssen sie erfahren haben, wie man hierzulande über die Herrschaften denkt, die sich den Sowjetstern auf die Soutane heften."

Das Blatt schließt mit folgender Feststellung: „Die deutsche Bevölkerung des Saargebiets betrachtet es als eine Unverschämtheit, daß eine Kommission, von ihr nicht herbeigerufen, mit den unzulänglichen Methoden und mit nicht zu überbietender Oberflächlichkeit „Feststellungen" macht, die keine andere Wirkung — und auch keinen anderen Zweck — haben können, als den, die Saarbevölkerung in der Weltmeinung erneut zu verdächtigen, dieser Weltmeinung die Verhältnisse im Saargebiet in vollständiger Verzerrung zu unterbreiten. Die deutsche Bevölkerung betrachtet diesen sogenannten Internationalen Ausschuß als ein Organ der internationalen Greuelpropaganda gegen das Saargebiet und gegen Deutschland."

Die Saarregierung ist der Mitteilung nicht entgegengetreten, daß auch Mitglieder der Regierungskommission von der Kommission befragt worden sind. Diese Mitglieder waren sich vollkommen klar über die Zusammensetzung der Kommission, über ihre politische Einstellung und über den Sinn ihres „Studiums". Man darf die Frage erheben: Glaubt die Saarregierung, daß die Tätigkeit dieser land- und volksfremden Kommission der Beruhigung an der Saar dient, und daß ihr Verhalten dieser Schnüffelkommission gegenüber sich mit den neutralen Aufgaben der Saarregierung verträgt?

Die Regierungskommission hat geschwiegen, aber die Abstimmungskommission hat geantwortet. Sie gab unterm 5. Oktober folgendes bekannt:

Im vorigen Monat wurde das Saargebiet von einer Untersuchungskommission des „Welthilfekomitees für die Opfer des Hitlerfaschismus" besucht. Dieses Komitee hat darüber eine Pressemitteilung abgegeben, in der unter dem Buchstaben C folgendes als festgestellt bezeichnet wird:

„Das Bestehen der sehr weit verbreiteten Ueberzeugung, daß das bevorstehende Plebiszit weder geheim noch frei sein wird, einer Ueberzeugung, welche die Untersuchungskommission während ihrer Besprechung zur Kenntnis der Mitglieder der Abstimmungskommission brachte."

Hierzu bemerkt die Abstimmungskommission:

„Die Untersuchungskommission, unter dem Vorsitz von Lord Marley, hat in der Tat obige Behauptung zur Kenntnis der Abstimmungskommission gebracht. Leider gibt die Untersuchungskommission nicht wieder, was die Abstimmungskommission darauf geantwortet hat, nämlich, daß es ihr unbekannt ist, ob besagte Ueberzeugung wirklich verbreitet ist, daß aber die Abstimmungskommission in jedem Falle unbedingt gewährleisten kann, daß das Plebiszit geheim sein wird und damit der Freiheit auch am besten gedient ist. Die Abstimmungskommission hat der Untersuchungskommission auch bekanntgegeben, auf welche Weise das Geheimnis der Abstimmung unbedingt gewährleistet werden wird."

Wir wünschten, die Saarregierung würde sich gleich korrekt und unparteiisch verhalten, manche Unruhe in der Welt würde verschwinden, aber auch manches Unrecht, unter welchem die Bevölkerung an der Saar seufzt.

„Wenn aber nun die Stunde kommt . . ."

Wir haben bereits in unserer letzten Ausgabe auf das Erscheinen von Albert Zühlkes Saar-Kalender 1935 hingewiesen. Er erscheint nunmehr im 13. Jahrgang und ist der letzte, der unter fremder Herrschaft und entsprechender Zensur zusammengestellt worden ist. Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler hat dem Verlag Gebr. Hofer A.-G. und dem Herausgeber des Saar-Kalenders, Albert Zühlke, zum Erscheinen dieses Kalenders die folgenden Geleitworte gewidmet:

„Die Saar ist für Deutschland ein unzertrennlicher Bestandteil des eigenen Ichs. Wer Euch geschlagen, hat uns geschlagen. Wer Euch geschmäht, hat uns geschmäht, wer Euch vergewaltigt, hat uns vergewaltigt. Euch ist nichts zugefügt worden, was man nicht ganz Deutschland zugefügt hat!

Es gab anderthalb Jahrzehnte in der deutschen Geschichte, da glaubte man, das deutsche Volk könnte überhaupt nicht verteidigt werden. Da war es traurig und trostlos um unser Volk bestellt. Jeder Stand ging seinen Weg, jeder Beruf hatte seine Interessen, jede Partei verfocht ihr Ziel. Das deutsche Volk hatte jede Bindung verloren. Und damals, da wart Ihr uns doch in einem voraus und für uns vorbildlich: Die große Not hat Euch trotz wirtschaftlicher Spaltungen und Verknüpfungen, trotz Parteiinteressen in einem einig werden lassen: Im Bekenntnis zu Deutschland! Das Saargebiet war ein gutes Beispiel für die 67 Millionen im übrigen Deutschland!

Wenn aber nun die Stunde kommt, da ihr zurückkehrt, werden wir dafür auch in Euch nichts anderes sehen als Deutsche, denen wir die Hand reichen zum Eintritt ins deutsche Vaterhaus!" gez. Adolf Hitler.

In diesen Worten Adolf Hitlers ist die volle Wahrheit der sogenannten Saarfrage niedergelegt. Sie weisen auf das Versailler Unrecht, auf die dadurch der Saarbevölkerung aufgezwungene Leidenszeit, auf die dort herrschende Willkür land- und volksfremder Organe und Elemente, aber auch auf die unerschütterliche Treue des deutschen Saarvolkes hin. Der Saarkalender enthält neben umfassenden geschichtlichen und heimatkundlichen Beiträgen u. a. zwei Abhandlungen von Albert Zühlke, die erschütternd und anklagend jene Methoden bloßlegen, wie sie nun fünfzehn Jahre lang an der Saar zur Anwendung gekommen sind. Herr Knox sucht krampfhaft nach „Uebergriffen" der eingesessenen Bevölkerung gegen die nichtabstimmungsberechtigten Separatisten, Emigranten und Verräter. Was er bisher dabei entdeckt hat, hält gewissenhafter Prüfung nirgends stand. Mehrfach mußten die saarländischen Gerichte, nicht zuletzt das aus Nichtsaarländern zusammengesetzte Oberste Gericht in Saarlouis, die Unrechtmäßigkeit und Unrichtigkeit der Berichte der Saarregierung feststellen. Wer aber in Wirklichkeit die Bevölkerung terrorisiert und tyrannisiert hat, wer sie rechtlos und mundtot machte, das beweist Albert Zühlke in seiner Abhandlung „Die französische Militärherrschaft und ihre Opfer des Saargebiets" und „Fremdes Militär für Ruhe und Ordnung". Wahrlich: „Trübe Erinnerungen steigen empor im Gedenken an die harte Zeit der französischen Besetzung". Nicht weniger als dreizehn Todesopfer führt Albert Zühlke in seinem Gedenkblatt auf, die der französische Militarismus an der Saar auf dem Gewissen hat. Nicht in einem Falle ist die Sühne erfolgt, die dieses vergossene unschuldige Blut gefordert hätte. Herr Knox, der immer und immer wieder zu behaupten wagt, daß er für eine ordnungsmäßige, freie und unbeeinflußte Abstimmung besorgt sei, möge sich einmal diese Kapitel ansehen, um zu prüfen, ob diese Todesopfer ebenfalls aus Gründen von Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Freiheit gebracht werden mußten. Denn der Abstimmungskampf hat ja nicht erst in diesen Tagen begonnen, sondern von dem Einzug der Besatzung an kämpfte Frankreich um die Einverleibung des Saargebiets. Wenn man weiter in Zühlkes Saar-Kalender blättert, stößt man auf die Abhandlung „Die anstößige Inschrift", die sich droben auf der Waldhöhe an Forsthaus Neuhaus befand und darauf hinwies, daß Philippsborn durch den Grafen Philipp II. 1576 erbaut, durch die Franzosen aber 1793 verbrannt wurde. Auf Anweisung der Regierungskommission mußte diese Inschrift entfernt werden — aus Gründen „von Ruhe und Ordnung" oder weil man ein französisches Kulturverbrechen verheimlichen wollte? Diese Inschrift wird wiederkommen mit einem Nachsatz, der Herrn Knox auch an der Saar verewigen wird. Weiter finden wir einen Aufsatz über Saarlands Schlageter, jenen Eisenbahnschlosser Jakob Johannes, der, obwohl seine Unschuld den Franzosen bekannt war, trotzdem standrechtlich erschossen wurde, weil gegen ihn vorübergehend ein unbegründeter Verdacht ausgesprochen worden war. Eine kulturhistorische Abhandlung, ebenfalls aus der Feder von Albert Zühlke, geht auf den Sagenschatz der Saarheimat ein und stellt fest, daß darin zahlreiche Nachklänge der germanischen Götterwelt verborgen sind. Einen breiten Raum nehmen Beiträge über heimatkundliches Brauchtum, über Dialektik, Humor und Witz ein. Und an den Schluß stellt Albert Zühlke ein Gedicht, das schon die ungebändigte Freude über das „Ende des zwanzigjährigen Krieges um das Saarland" ausdrückt und das von dem Wort aus Hermann v. Kleists „Hermannschlacht" ausgeht:

Wir bitten menschlich seit dem Tage, da jener Fremdling eingerückt;

Wir rächten nicht die erste Plage, mit Hohn auf uns herabgeschickt;

Wir übten nach der Götter Lehre uns durch viel Jahre im Verzeihn;

Doch endlich drückt des Joches Schwere, und abgeschüttelt will es sein!

Des Saarvolkes Leiden in der Besatzungszeit

Von Saarabicus

(10. Fortsetzung. Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18/19 und 20 des „Saar-Freund".)

Die Saarregierung gibt die Abschaffung der Kriegsgerichte zu.

Auf Grund dieser Noten entwickelte sich nunmehr ein eingehender Schriftwechsel zwischen Reichsregierung, Saarregierung und Völkerbundsrat andererseits. Er drehte sich sowohl um die Kriegsgerichte wie auch um die Gendarmerie. Die deutsche Regierung errang zunächst insofern einen Erfolg, als der Präsident Rault in einer Note an die deutsche Regierung (Auswärtiges Amt) die Abschaffung der Kriegsgerichte zugestand. Die Bewohner des Saargebietes sollten sich in Zukunft nur vor den saarländischen Gerichten verantworten, und das Obergericht in Saarlouis sollte zur höchsten zivilen und kriminellen Instanz im Saargebiet erklärt werden.

Das war ein unzweifelhafter Erfolg der deutschen Sache. Dagegen verstand sich die Saarregierung zu keinem Zugeständnis bezüglich der Anwesenheit der fremden Truppen und der französischen Gendarmerie. Sie wies auf den Schlußsatz des § 30 der Anlage zu Art. 45—50 VV. hin, wo es heißt: „Es ist Sache der Regierungskommission, in allen eintretenden Fällen für den Schutz der Person und des Eigentums im Saargebiet zu sorgen" und leitete aus dieser Bestimmung das Recht ab, die Anwesenheit der fremden Truppen im Saargebiet zuzulassen, diese Truppen seien ihr unentbehrlich, insbesondere zum Schutz der französischen Staatsgruben.

Die deutsche Regierung antwortete am 4. Mai 1921 und wies ihrerseits auf den mittleren der drei Absätze des § 30 hin als den entscheidenden Absatz, der da lautet: „Es wird nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingerichtet." Der Nachdruck liegt auf dem Worte „nur". Zum Schluß hieß es: „Nachdem schon seit längerer Zeit eine örtliche Gendarmerie eingerichtet ist, ist auch nach diesen Aeußerungen kein Raum mehr für eine weitere Belassung französischer Truppen im Saarbecken. Aus diesen Gründen muß die deutsche Regierung ihren Einspruch gegen die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet aufrechterhalten und erneut ihre Entfernung verlangen."

Die Saarregierung protestierte in einer Note vom 11. Mai 1921 „gegen den Versuch einer Auslegung der Bestimmungen des Friedensvertrages, die die Regierungskommission allein zu geben befugt ist". Sie nahm also in ihrem Hochmut allein das Recht der Auslegung in Anspruch. An den Völkerbund aber reichte sie eine eingehende Denkschrift ein, in der sie ihren alten Standpunkt aufrecht erhielt. Darin hieß es, die fremden Truppen seien nicht Besatzungs-, sondern Garnisontruppen, die vollständig unabhängig seien von der französischen Rheinarmee. Ihre Anwesenheit stehe nicht im Widerspruch zu dem Artikel des Vertrages, der jeden Heeresdienst im Saarbecken untersage. Keine Stelle des Vertrages schränke die Befugnisse der Regierungskommission in der Wahl der Mittel ein, die ihr die Sicherstellung des Schutzes von Personen und Eigentum im Saargebiet ermögliche. Dann kam die Denkschrift auf die örtliche Gendarmerie zu sprechen und führte dazu aus:

„Um in wirksamer Weise die Garnisontruppen ersetzen zu können, müßte die örtliche Gendarmerie mindestens 4000 Mann stark sein, darunter

500 Berittene. Es erscheint ausgeschlossen, im Saarbecken, wo die Bevölkerung von der lohnenden Arbeit in den Gruben und Hütten angezogen wird, so starke Bestände zusammenzubringen. ... Schließlich würde die Unterhaltung einer derartig starken Truppenmacht für das Saargebiet eine erdrückende Last bedeuten. Bereits das im August v. J. aufgestellte Korps von 30 Fußgendarmen erfordert eine jährliche Ausgabe von 70 000 Mark. Die Finanzen der Regierungskommission könnten also keinesfalls die Kosten einer genügend zahlreichen Gendarmerie, die mehrere Schwadronen Berittener umfassen müßte, bestreiten.

Gegenwärtig unterhält die französische Regierung, um die Regierungskommission instand zu setzen, die Sicherheit der Kohlengruben zu garantieren, im Saarbecken nahezu 7000 Mann Truppen; das französische Budget wird hierdurch mit mehr als 40 Mill. Francs belastet."

Von diesen Behauptungen war so ziemlich alles unwahr und unrichtig. Die Unterhaltung einer ausreichenden Gendarmerie war für das Saargebiet keineswegs eine erdrückende Last. Die Saarbewohner hätten der französischen Regierung gerne die Last einer Unterhaltung einer Truppe von 7000 Mann abgenommen. Soviel Mannschaften waren aber zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet keineswegs notwendig, denn die Bevölkerung hatte sich bis dahin keinerlei Provokationen zuschulden kommen lassen. Sie war außerdem entgegen der Behauptung des Präsidenten Rault jederzeit in der Lage, die notwendige Zahl von Landjägern aufzubringen.

Der Völkerbundsrat ließ sich von der Denkschrift der Regierungskommission wie üblich beeinflussen und nahm auf den Rat des Berichterstatters, des Chinesen Wellington Koo, am 20. Juni 1921 eine Entschließung an, in der er zum Ausdruck brachte, daß er nach gründlicher Prüfung der beiderseitigen Standpunkte keinen Grund sähe, die Haltung, die er am 13. Februar 1920 bezüglich der Anwesenheit der fremden Truppen eingenommen habe, zu ändern. Die Mission der Regierungskommission im Saargebiet schließe das Recht in sich, im Notfalle alle der Kommission zur Verfügung stehenden Mittel zur Anwendung zu bringen. Es sei Sache der Saarregierung, zu entscheiden, ob eine solche Notwendigkeit vorliege, sie sei lediglich dem Völkerbunde für den Gebrauch, den sie von ihren Rechten mache, verantwortlich.

In diesem Punkte war also mit dem Völkerbund nicht zu reden. Er zeigte hier die alte, oft bewiesene Verständnislosigkeit gegenüber den Vorgängen im Saargebiet. Dagegen war seine Haltung bezüglich des Fortfalls der Kriegsgerichte entgegenkommender. Sie entsprach der Haltung der Saarregierung in ihrer Note vom 14. April 1921. Offenbar hatte hier schon eine gewisse Verständigung zwischen den beiden Instanzen stattgefunden.

Ein deutscher Erfolg — die Kriegsgerichte fallen.

In verklausulierter Form brachte der Völkerbundsrat zum Ausdruck, daß zu normalen Zeiten die Ausübung der Justiz im Saargebiet nur im Namen der Regierungskommission und gemäß den deutschen, d. h. den am 11. November 1918 gültigen Gesetzen stattzufinden habe. Daraus ergäbe sich, daß es im Widerspruch zum Friedensvertrag stände, wenn über die Einwohner durch Kriegsgerichte Recht gesprochen würde oder auf Grund von anderen Gerichten als den vorher bezeichneten. Dann kam der entscheidende Satz:

> **„Die Regierungskommission erkennt an, daß dies die Folge der Bestimmungen des Vertrages ist, und erklärt, daß sie Maßnahmen getroffen hat, die bereits seit mehreren Monaten zur Anwendung gelangen, um jede Ausübung der richterlichen Gewalt durch Kriegsgerichte, die im Widerspruch zum Friedensvertrag stehen könnte, zu unterbinden."**

Der Völkerbundsrat versuchte zwar noch, der Regierungskommission goldene Brücken zu bauen, indem er ihr für gewisse Fälle das Recht zugestand, auf fremde Truppen und deren Rechtsprechung zurückzugreifen, aber er beschränkte diese Befugnis auf „wirklich außergewöhnliche Umstände" und „Fälle wirklicher Gefahr für die öffentliche Ordnung"; immerhin, im Grundsatz hat er doch die Hand zur Abschaffung der Kriegsgerichte und stiftete damit wenigstens auf einem Gebiet Frieden.

Rund einen Monat später, am 25. Juli 1921, erschien dann auch im Amtsblatt der Regierungskommission (Nr. 10) eine Verordnung vom 28. Juni über die Zuständigkeit der Gerichte über Zivil- und Militärpersonen. Darin wurde grundsätzlich festgelegt, daß die Gerichte des Saargebietes sachlich zuständig bleiben für alle von Zivilpersonen begangenen Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen, die Kriegsgerichte dagegen allein zur Aburteilung von französischen Militärpersonen und von deutschen Zivilpersonen nur in dem Ausnahmefalle der Spionage zuständig sein sollten.

Den Abschluß dieser ganzen Angelegenheit bildete dann ein Bericht der Regierungskommission des Saargebietes an den Völkerbundsrat vom 1. August 1921, in dem die Saarregierung von dem Erlaß der Verordnung vom 28. Juni 1921 über die Kriegsgerichte Mitteilung machte.

Einen Erfolg hatte also die Saarbevölkerung nur in bezug auf die Abschaffung der Kriegsgerichte bezüglich der Zivilbevölkerung erzielt, dagegen war der Streit um die französische Gendarmerie immer noch nicht ausgetragen.

Ausweisung der „deutschen Bergwerkskommission Saarbrücken".

Zur Erledigung der dem Preußischen Bergfiskus im Saargebiet nach der Uebergabe der Kohlengruben an Frankreich noch verbleibenden Aufgaben, namentlich der Regulierung der Bergschädenprozesse, hatte die preußische Regierung eine Abwicklungsstelle mit der dienstlichen Bezeichnung „Preuß. Bergwerksdirektion (Abwicklungsstelle) Saarbrücken" geschaffen. Diese Abwicklungsstelle und ihre Kasse konnte selbstverständlich nur dann eine ordnungsmäßige Tätigkeit ausüben, wenn die Saarregierung ihr einen ungehinderten Verkehr mit allen Behörden, namentlich einen ungehemmten Brief-, Telegramm- und Geldverkehr gewährleistete.

Die deutsche Reichsregierung bat die Regierungskommission in einer Note vom 18. Mai 1920 um eine entsprechende Verfügung. Die Saarregierung antwortete am 25. Juni mit der Bemerkung, daß die Anwesenheit von Beamten in Saarbrücken, die unmittelbar der preuß. Regierung unterständen, mit den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht vereinbar sei und zu schweren Bedenken Anlaß gäbe. (?) Der Präsident der Saarregierung kündigte gleichzeitig an, daß die Abwicklungsstelle und alle zu ihr gehörenden Personen bis zum 1. September 1920 ihre Arbeiten zum Abschluß zu bringen und nach diesem Termin das Saargebiet zu verlassen hätten. Ein gleiches Schreiben ähnlicher Tonart erhielt der Vorsitzende der Abwicklungsstelle. In Verfolg der weiteren Verhandlungen über diese Angelegenheit griff die deutsche Reichsregierung ein und richtete unter dem 24. Juli 1920 in derselben Angelegenheit eine eingehende Note an die Regierungskommission, in der sie die Unmöglichkeit darlegte, die Geschäfte der Bergwerksdirektion Saarbrücken bzw. ihre Abwicklungsstelle in so kurzer Frist zu liquidieren und um Verlängerung der Frist bis zur vollständigen Abwicklung der Geschäfte bat. Staatsrat Rault antwortete am 14. August kurz und schroff mit der Erklärung, daß er schwere Bedenken dagegen habe, das Personal der deutschen Bergwerkskommission und der preuß. Abwicklungsstelle noch länger im Saargebiet zu belassen. Er schloß seine Note mit dem bezeichnenden Satz: „Ich bin demnach zu meinem großen Bedauern gezwungen, meine frühere Entscheidung aufrechtzuerhalten, Herrn Geh. Bergrat Fuchs aufzufordern, mit allen seinen Mitarbeitern das Saargebiet zum 1. September zu verlassen."

Der deutschen Regierung blieb zunächst nichts anderes übrig, als die Entscheidung der Regierungskommission zu bedauern und nachdrücklichst gegen sie Einspruch zu erheben. Sie begründete diesen Einspruch ausführlicher in einer Note der deutschen Friedensdelegation an die Friedens-

konferenz vom 2. September 1920. Sie bat in der Note die Friedenskonferenz, sich beim Präsidenten der Saarregierung dafür zu verwenden, daß die beiden Dienststellen bis zur Erledigung ihrer Geschäfte in Saarbrücken verblieben. Der Botschafterrat antwortete der deutschen Friedensdelegation am 4. Oktober. In dem ablehnenden Bescheid erklärte die Botschafterkonferenz, daß sie sich nicht in der Lage sähe, dem deutschen Antrag irgendwelche Folge zu geben; die Regierungskommission des Saargebietes unterstehe nur dem Rat des Völkerbundes, dieser sei also die alleinige Stelle, an die gegebenenfalls der deutsche Antrag gerichtet werden müsse. Der weitere Verlauf der Verhandlungen bewies, daß weder die Regierungskommission des Saargebietes noch die Friedenskonferenz in Paris noch der Völkerbundsrat gewillt waren, in dieser Sache irgend etwas zugunsten Deutschlands zu tun. Es blieb der deutschen bzw. der preuß. Regierung nichts anderes übrig, als im September 1920 beide Dienststellen nach Bad Kreuznach zu verlegen. Diese Verlegung war natürlich nur ein Notbehelf und bedeutete praktisch eine ungeheure Erschwerung aller Geschäfte, die mit der Verwaltung und Abwicklung der preuß. Bergwerksangelegenheiten an der Saar zusammenhingen. Aber selbst hier in Kreuznach konnten die beiden Dienststellen nicht lange verbleiben. Die französischen Besatzungsbehörden am Orte machten neue Schwierigkeiten, die auch durch einen Schriftwechsel zwischen dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete und dem französischen Oberkommissar bei der interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz nicht behoben wurden. Die französischen Behörden hätten die preuß. Abwicklungsstelle am liebsten im unbesetzten Gebiet gesehen. Den diesbezüglichen Wünschen konnte aber der preuß. Staat nicht nachkommen, da die Abwicklung der Geschäfte vom unbesetzten Gebiet nach dem besetzten ungeahnte Schwierigkeiten mit sich gebracht hätte. Die deutschen Reichsstellen schlugen daher die Verlegung der Abwicklungsstelle nach Bonn vor, eine Maßnahme, mit der ein Anschluß an das Oberbergamt in Bonn verbunden war. Mit dieser Verlegung fand sich der französische Oberkommissar in einem Schreiben vom 26. April 1921 endlich ab. Der Schriftwechsel über diese Angelegenheit hatte sich fast 1½ Jahre hingezogen. Der Vorfall bewies aufs neue, mit welcher Zielsicherheit und Hartnäckigkeit die Regierungskommission die deutschen und preuß. Behörden aus dem Saargebiet zu entfernen suchte. Das Motiv ihrer Handlungsweise lag klar am Tage. Man wollte neben der französischen Grubenverwaltung keine deutsche Bergwerksdirektion oder auch nur Abwicklungsstelle in Saarbrücken dulden.

Wo blieb die Treuhänderschaft der Regierungskommission?

Die eben geschilderten und viele andere Vorgänge zeigten von Tag zu Tag mehr, daß die Regierungskommission die ihr vom Völkerbundsrat feierlich übertragene Treuhänderschaft des Saargebietes in vielen oder den meisten Fällen einseitig zugunsten Frankreichs ausübte und die ihr anvertrauten Interessen und Rechte der deutschen Saarbevölkerung rücksichtslos mißachtete. Immer mehr stellte sich heraus, daß das Saargebiet nicht nach den Bestimmungen des Völkerbundes regiert wurde, sondern ständig und unaufhörlich der Willkür der französischen Gewaltherren ausgesetzt war. Der Völkerbund hatte und hat die Pflicht, jeden Eingriff in sein Schutzrecht und jeden Uebergriff seitens der Franzosen wie jede andere Volksgemeinschaft auf Grund der klaren Bestimmungen des Saarstatutes zurückzuweisen. Der Präsident Rault, der Vertreter des Völkerbundes, war nicht als Vertreter Frankreichs eingesetzt, sondern hatte als Treuhänder Deutschlands und der deutschen Bevölkerung die Pflicht und Schuldigkeit, jede Einmischung in seine Regierungsgewalt zurückzuweisen und, wenn ihm der Wille und die Macht dazu fehlte, die Hilfe des Völkerbundes anzurufen. Dieser Wille war aber nicht vorhanden. Das Saarvolk mußte sich bald davon überzeugen, daß dem Präsidenten Rault jede Eignung als Treuhänder des wahren Besitzers des Saargebietes, nämlich Deutschland, fehlte. Es sprach nicht für die Unparteilichkeit des Präsidenten, wenn er sich in Verhandlungen, die die Bestimmungen des Friedensvertrages auslegten, stets auf die Protokolle von Versailles berief. Diese Protokolle kannte aber zu jener Zeit kein Mensch im Saargebiet.

Die Saarbevölkerung fragte sich, auf Grund welchen Rechtes die französische Garnison im Saargebiet belassen wurde, obwohl der Friedensvertrag nur eine örtliche Gendarmerie vorsieht, sie fragte sich ferner, welches Recht dem Präsidenten zur Verfügung stand, wenn er die Interessen der Franzosen im Saargebiet über die der einheimischen Bevölkerung in der Wohnungsfrage stellte, wenn er zuließ, daß die französische Grubenverwaltung den Kohlenbedarf des Saargebietes eigenmächtig einschränkte und den Bergleuten sogar die traditionellen Deputatkohlen beschränkte, oder wenn er nur Franzosen als leitende Beamte im Saargebiet anstellte? Alle diese Maßnahmen des Präsidenten und seiner engen Mitarbeiter standen mit dem Wortlaut und Geist des Friedensvertrages nicht in Uebereinstimmung. Die Saarbevölkerung, die an die Regierungsübernahme durch die Völkerbundsregierung gewisse nicht unberechtigte Hoffnungen geknüpft hatte, sah ihre Hoffnungen dahinfließen und zerrinnen. Es zeigte sich, daß diese Regierungsübernahme durch die Völkerbundskommission nicht der Anfang einer Morgenröte für das Saargebiet, sondern der Beginn eines neuen Leidensweges für die Saarbevölkerung werden sollte.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine politische Umschau

Falsche Berichte nach Genf.

Das Oberste Gericht berichtigt Herrn Knox.

Der Strafsenat des Obersten Gerichtshofes in Saarlouis verhandelte gegen den Handelsstudienrat Dr. Reisel-Dudweiler und den Chauffeur Georg Schweitzer-Saarbrücken. Beide Angeklagten sollten sich eines „Verbrechens" im Sinne der Verordnung der Regierungskommission vom 28. 11. 1933 betr. Ergänzung und Abänderung des Strafgesetzbuches und des Gerichtsverfassungsgesetzes schuldig gemacht haben, und zwar dadurch, daß sie einen Einwohner des Saargebietes, den Arbeitsdienstwilligen Otto Schneider, bei einer reichsdeutschen Behörde oder Vereinigung denunziert hätten. Diese Anklage war die Folge einer Haussuchung, die am 17. Juli in den Räumen der Deutschen Front in der Waterloostraße stattgefunden hatte, und bei der man angeblich belastendes Material gefunden haben wollte. Dr. Reisel, der zu dieser Zeit den Landesgeschäftsführer Schaub vertrat, und der Chauffeur Georg Schweitzer wurden damals festgenommen, nach längerer Haftdauer gegen Stellung einer Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt.

Der Vorfall hatte im ganzen Saargebiet beträchtliches Aufsehen erregt. Die separatistische Presse strotzte vor Lügen und Verleumdungen über den Fall. Die Regierungskommission verwertete die Angelegenheit in einer Denkschrift an den Völkerbund, um darzutun, wie sehr die Ruhe und Sicherheit durch die Deutsche Front und ihre Verbindungen zum FAD. bedroht sei.

Die Gerichtsverhandlung in Saarlouis erbrachte den Zusammenbruch der Anklage gegen Dr. Reisel, der nach mehrstündiger Verhandlung auf Kosten der Landeskasse freigesprochen werden mußte. Im Fall Schweitzer sah das Gericht die Anklage als erwiesen an. Es verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten. Charakteristisch war in diesem Fall die Urteilsbegründung, in der gesagt wurde, daß man dem Angeklagten Sch., weil er nicht vorbestraft sei, mildernde Umstände zugebilligt habe. Man hätte wohl vom Obersten Gerichtshof erwarten dürfen, daß er auch die ideellen Beweggründe in der Handlungsweise dieses jungen Mannes berücksichtigen würde.

Von großem Interesse waren die Aussagen des Zeugen Schneider, der bekanntlich durch den Brief Dr. Reisels denunziert worden sein sollte. Schn. räumte dabei in deutlicher Weise mit den verschiedenen Märchen, die die separatistische Lügenpresse ausgestreut hatte, gründlich auf. Er ist weder widerrechtlich im Arbeitsdienst festgehalten, noch gezwungen worden, günstige Aussagen zu machen. Er konnte ungehindert Briefe schreiben. Niemals ist ihm ein Brief oder Paket geöffnet worden. Seine an-

gebliche Strafversetzung stellte sich als eine organisatorische Maßnahme dar. Im neuen Lager hatte er es sogar noch besser.

Der einzige Belastungszeuge für Dr. Reisel trat in der Person des Leiters der Landeskriminalpolizei, Lommersheim, auf. Der Staatsanwalt sah die Belastung in der Weigerung Dr. Reisels, Lommersheim Rede und Antwort zu stehen. Lommersheim selbst erklärte, daß er den Eindruck bekommen habe, als betrachte ihn Dr. Reisel als seinen Feind. Der Verteidiger Dr. Reisels führte diese Einstellung des Angeklagten R. auf die wahren Gründe zurück. Er betonte, und er darf damit der Zustimmung des ganzen Saarvolks sicher sein, daß in der Bevölkerung das Mißtrauen gegen die Polizei durch die Einstellung der Emigranten so groß sei, daß man sich nicht wundern könne, wenn Festgenommene nur richterliche Vernehmung wünschen.

Dr. Reisel legte in seiner Vernehmung dar, daß er das bei der Haussuchung beschlagnahmte Protokoll, von dem allerdings nur eine Abschrift gefunden worden war, von dem Chauffeur Georg Schweitzer aufgenommen habe. Der Zweck dieses Schreibens sei gewesen, den Otto Schneider, dessen Eltern Kommunisten seien, wieder auf den rechten Weg zu bringen. Der Brief an das Arbeitsdienstlager sei aber niemals abgeschickt worden. Er, Reisel, habe einerseits die Mitteilungen Schweitzers nachprüfen wollen, andererseits habe er das dunkle Gefühl gehabt, sich durch die Absendung des Briefes irgendwie strafbar zu machen.

Der Angeklagte Schweitzer schilderte, wie er von den Eltern des Schneider die ungünstigen Aeußerungen über das Dritte Reich und den Führer erfahren habe und wie er dann zur Deutschen Front gegangen sei, um Schneider wieder auf den richtigen Weg zu bringen.

Das Gericht kam nach längerer Verhandlung zu folgendem Urteil: Der Angeklagte Reisel wird freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens gegen Reisel fallen der Landeskasse zur Last.

Der Angeklagte Schweitzer wird wegen Vergehens gegen den § 92e der Verordnung der Regierungskommission vom 28. November 1933 unter Zubilligung mildernder Umstände zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

In der Urteilsbegründung wird darauf hingewiesen, daß die Vorwürfe gegen Reisel nicht stichhaltig belegt seien und daß insbesondere nicht der Beweis dafür erbracht sei, daß Dr. Reisel den Brief, dessen Durchschlag beschlagnahmt wurde, abgeschickt hat. — In der Urteilsbegründung gegen Schweitzer wird lediglich darauf hingewiesen, daß der Tatbestand des § 92e, der obengenannten Verordnung, gegeben sei. Daß Schweitzer nicht im entferntesten die Absicht hatte, seinen Verwandten Otto Schneider zu denunzieren, sondern ihn lediglich vor eventuellem Schaden bewahren wollte, wurde bei der Strafbemessung und auch bei der Urteilsbegründung nicht berücksichtigt.

Ein Abzeichen der Abstimmungsfunktionäre.

* Die Abstimmungskommission hat es für notwendig erachtet, für ihre Mitglieder, ihre Sekretäre, die Kreisinspektoren und ihre Stellvertreter sowie für die Mitglieder des Obersten Abstimmungsgerichtshofes, die Staatsanwälte, Gerichtsschreiber und die Kreisrichter ein Abzeichen herauszugeben, mit dessen Hilfe sie sich bei jeder Gelegenheit sofort kennbar machen können.

Das Abzeichen besteht aus einer quadratischen Plakette mit der Aufschrift: „Völkerbund — Abstimmungskommission — 1934/35." Es stammt aus den Werkstätten der Goldschmiede W. Lauer, Saarbrücken.

Kleine Tages-Chronik

* **Saarbrücken.** Am 1. Oktober konnte die Saarbrücker Firma Ernst Schertz, Großhandlung in Landesprodukten, ihr 50jähriges Geschäftsjubiläum feiern. In diesen fünf Jahrzehnten gelang es durch Energie und Tatkraft, durch Ehrlichkeit und Korrektheit, die Firma auf eine beachtenswerte Höhe zu bringen, so daß sie bis weit über die Grenzen des Saargebietes zu den ersten der Branche zählt. Wir rufen dem Inhaber ein herzliches „Glückauf" zu weiterer günstiger Entwicklung zu.

* **Kameradenverein Klarenthal — 60jähriges Stiftungsfest.** Das 60jährige Stiftungsfest des Kameradenvereins am 7. Oktober nahm einen glänzenden Verlauf. Der ganze Ort zeigte Flaggenschmuck. Der geräumige Festsaal konnte nicht alle Festteilnehmer aufnehmen. Kameraden aus dem Warndt und den umliegenden Ortschaften waren mit ihren Fahnen zu uns gekommen. Nach dem Fahneneinmarsch folgte ein passender Prolog, gut vorgetragen von einer Schülerin. Die Begrüßung, die Bekanntgabe der Vereinschronik, die Ehrung unserer toten Kameraden, die Beglückwünschung durch Kamerad Göbel, die gut gesprochenen Worte des Kameraden Nickles in seiner Festrede, die Gesangsvorträge des Gesangvereins Eintracht 1905, das Schauturnen des Turnvereins gaben dem Verlauf der Feier ein würdiges Gepräge. Hitlerjugend beglückwünschte in einem passenden Prolog den früheren Vereinsvorsitzenden, den noch unter uns lebenden, beinahe 80jährigen Kameraden Sewald Michel. Er wurde zum Ehrenmitglied ernannt. Die Ueberreichung der neuen Kyffhäuserfahne durch den Vertreter des Kreisverbandes, Kameraden Göbel, und die Bekanntgabe des Telegramms an unseren Führer Adolf Hitler bildeten den Höhepunkt der Feier. Die Ehrung des Kameraden Dierstein, des Retters der alten Vereinsfahne, erfolgte durch Ueberreichung des Hindenburgbildes. Die Deutsche Front hatte ein Glückwunschschreiben zu der Feier gesandt.

Personalnachrichten

* **Professor Braun in Saarbrücken im Ruhestande.** Still und schlicht, ganz seinem bescheidenen Wesen entsprechend, ist Prof. Braun nach Vollendung des 65. Lebensjahres aus dem Amte geschieden. 33 Jahre hat Herr Braun seine beste Kraft, sein großes Können und Wissen der Staatl. Oberrealschule und ihren Schülern gewidmet. Ganze Schülergeschlechter aus Saarbrücken und Umgebung hat er erziehen und bilden helfen. An der Schule vertrat er Deutsch, Geschichte und Erdkunde. Er verfügte über ein erstaunliches Wissen, bei dessen Vermittlung ihm ein ganz vorzügliches Gedächtnis zur Verfügung stand. Seine umfangreichen Kenntnisse hat er in rastloser Arbeit erweitert, z. T. auch auf großen Reisen bereichert. Dazu war er ein Meister der Pädagogik. Er gestaltete Geschichte, die Wissenschaft vom Geschehenen, so lebendig, als ob sich alles heute vor uns vollzöge. Die kunstvolle Gestaltung des Stoffes riß die Schüler immer wieder zu größter Achtung und Bewunderung, aber auch zu eigener Schaffensfreude hin. Den Sinn des deutschen Schrifttums erschloß er uns in seinen Tiefen. Während sein Wesen selbst anspruchslos, fast stoisch-schlicht war, hat Prof. Braun in edlem Menschentume manchem seiner bedürftigen Mitschüler im Laufe der Jahre namhafte geldliche Unterstützung zuteil werden lassen. Mit Herrn Braun scheidet ein stiller, bescheidener, aber tiefgründiger Wissenschaftler, ein hervorragender Lehrer, ein edler Menschenfreund aus dem Amte.

* **Grete Amberg 25 Jahre Hauswirtschaftslehrerin.** Die Gewerbelehrerin an der Berufsschule, Fräulein Grete Amberg, blickte am 14. d. M. auf eine 25jährige Tätigkeit als Hauswirtschaftslehrerin zurück. Schon im Jahre 1909 trat sie in die von ihrer Tante Lina Amberg, einer Vorkämpferin der heutigen Hausfrauenschulen, geleitete Saarbrücker Haushaltsschule „Amberg und Rost" ein. Neben ihrer Tätigkeit an dieser Schule hat Frl. Amberg im Laufe der Jahre in zahlreichen Wander- und Schulkursen in den meisten Orten im Kreise Saarbrücken, im Kreise Ottweiler und anderen Kreisen die jungen Mädchen auf den Hausfrauenberuf vorbereitet. In der Stadt Saarbrücken hat sie von 1921 bis 1929 die vom Städtischen Jugendamt eingerichteten Koch- und Haushaltungskurse mit gutem Erfolg geleitet. Seit fünf Jahren ist Frl. Amberg an der Saarbrücker Berufsschule mit Erfolg tätig. Wir wünschen der Jubilarin, daß sie ihre segensreiche Tätigkeit noch lange Jahre zum Wohle unserer Mädchen ausübt.

Die Toten der Heimat

* **Dr. jur. Fritz Röchling †.** Am 26. Sept. verschied zu Wiesbaden Herr Dr. jur. Fritz Röchling im Alter von 70 Jahren. Er war, so entnehmen wir der „Saarbrücker Zeitung", ein Sohn des 1893 zu Saarbrücken verstorbenen Herrn Fritz Röchling, der bekanntlich zusammen mit seinen Brüdern Theodor, Ernst und Karl die Firma Gebr. Röchling in Saarbrücken gründete. Der Dahingeschiedene verlebte seine Jugendzeit in Saarbrücken und besuchte dort das Ludwigsgymnasium. Er studierte in Heidelberg die Rechtswissenschaften. Seine aktive Militärzeit leistete er bei den Garde-Kürassieren ab; bei den 20. Dragonern in Karlsruhe wurde er Reserveoffizier. Nach seiner 1894 erfolgten Verheiratung mit Elisabeth Freiin von Hohenastenberg-Wigandt erwarb er das Gut Ribbekardt bei Greifenberg in Pommern. Von 1908 ab war er mit der Leitung der Röchlingschen Kohlen- und Eisenhandelsunternehmungen in Italien betraut. Noch bevor dieser Staat in den Weltkrieg eintrat, wurde er dort verhaftet und bald darauf des Landes verwiesen. Während des Krieges war Fritz Röchling einige Jahre im besetzten Polen Kreisverwalter. Der Verstorbene zählt zu den Gründern der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke, G. m. b. H., in Völklingen, in deren Aufsichtsrat er mit besonderer Treue und Eifer tätig war. Seiner Saarheimat und der in seiner Vater-

stadt Saarbrücken verlebten Jugendzeit hat er stets das wärmste Gedenken bewahrt. Alles, was Saarbrücken, das Saargebiet und seine Bewohner betraf, interessierte ihn auf das lebhafteste. So konnte es auch nicht fehlen, daß er im Jahre 1919 dem in Berlin zur Verteidigung des Saargebietes gegen die französische Begehrlichkeit ins Leben getretenen „Saargebietsschutz", dem Vorgänger der heutigen Geschäftsstelle „Saarverein"-Berlin, beitrat und in ihm während der kritischen Zeit bis zur Unterzeichnung des Versailler Diktats auf das rührigste mitarbeitete. Alle, die Fritz Röchling kannten, haben in ihm einen hochgebildeten, von Vaterlandsliebe und Heimatsinn erfüllten, allezeit liebenswürdigen und humorvollen Menschen verehrt, dessen Andenken sie in Ehren halten werden. Th. V.

* **Albert Schmidtborn-Bremen †.** In Bremen ist am 27. September der Kaufmann Albert Schmidtborn, früher Saarbrücken, einer der treuesten Mitarbeiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein", gestorben. Mit tiefer Anteilnahme werden alle Freunde und Bekannten des Verstorbenen die Trauernachricht empfangen, denn Kaufmann Schmidtborn zählte zu den Saarkämpfern, die als erste die Saarabwehrbewegung und den Befreiungskampf um die Saar eingeleitet und in Gang gesetzt haben. Albert Schmidtborn stammte aus einer altangesehenen Saarbrücker Familie, die mit dem Saarlande aufs engste verwurzelt war und ihm in Glück und Leid die Treue gehalten hat. Seine Vorfahren haben bereits in den Jahren 1814 und 1815, als es sich darum handelte, das Saargebiet von Frankreich zu lösen und wieder mit dem Mutterlande zu vereinigen, gemeinsam mit dem bekannten Oberbergrat Heinrich Böcking und anderen verdienstvollen Kämpfern seinerzeit sich in tapferster und unerschrockener Weise für den deutschen Charakter und die Deutscherhaltung des Saargebietes in Paris und Wien eingesetzt. Sie haben die Ehre und den Ruhm, schon damals die politischen Zusammenhänge erkannt und dem französischen Macht- und Angliederungsbestreben schärfsten Widerstand entgegengesetzt zu haben. Aus demselben Holze war der eben Verstorbene, Albert Schmidtborn geschnitzt. Als die Franzosen im November 1918 ins Saargebiet einzogen, und im Winter 1918 zu 1919 die französischen Annexionsbestrebungen im Saargebiet immer stärkeren Ausdruck fanden, hat Kaufmann Schmidtborn als unerschrockener Mann im „Saargebietschutz" in Berlin tatkräftig mitgearbeitet. In vorderster Front hat er sich für die Deutscherhaltung des Saargebietes betätigt, um sein geliebtes Saarheimatland bei Deutschland zu erhalten. Die Geschäftsstelle „Saarverein" hat die Aufklärungsarbeit des „Saargebietsschutz" fortgesetzt, die Herr Kaufmann Schmidtborn in den ersten Monaten des Jahres 1919 wirkungsvoll betrieben hatte. Die Verdienste des Verewigten werden demnächst in einem illustrierten Werke über die Gründung und die Geschichte und Tätigkeit des Saarvereins eingehende und nachhaltige Würdigung finden. So werden der Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle „Saar-Verein" dafür sorgen, daß die über den Tag hinausreichende verdienstvolle Tätigkeit des Kaufmanns Albert Schmidtborn im Kampfe um die Deutscherhaltung und Befreiung des Saargebietes nicht vergessen wird und der Nachwelt erhalten bleibt. Wir glauben, dem Verewigten keinen besseren Nachruf widmen zu können als durch eine Kennzeichnung seiner Persönlichkeit und seines Wirkens in der Saarliteratur. Wir werden des Verstorbenen weiterhin in Ehren gedenken.
Th. V.

* **Landgerichtsrat Dr. Wilhelm Leibl †.** Am 1. Oktober ist in Berlin Herr Landgerichtsrat Dr. Wilhelm Leibl, der Sohn des in Saarbrücken und im ganzen Saargebiet allbekannten verstorbenen Justizrats und Rechtsanwalts Leibl, der ein Bruder des bekannten Münchener Malers Leibl gewesen ist, gestorben. Herr Landgerichtsrat Wilhelm Leibl ist lange Jahre in Saarbrücken beim Amts- und Landesgericht tätig gewesen und nach dem Einzug der Franzosen auf seinen Wunsch nach Berlin an das Landgericht versetzt worden, wo er als pflichtgetreuer Jurist lange Jahre tätig gewesen ist. Ein langjähriges, schweres Leiden hat schließlich zu seinem Tode geführt. Der Dahingegangene hat an seiner Saarheimat mit ganzem Herzen gehangen und allen Fragen, die das Saargebiet betrafen, das größte Interesse entgegengebracht. Noch wenige Tage vor seinem Tode sagte er seinem in Berlin ansässigen Bruder, dem Rechtsanwalt und Notar Dr. Richard Leibl, mit Freude und Stolz, daß er in die Abstimmungsliste eingetragen sei, und mit leuchtendem Auge gab er seiner Genugtuung darüber Ausdruck, am 13. Januar 1935 abstimmen und die alte Heimat wiedersehen zu können. Sein Herzenswunsch ist nicht erfüllt worden, einige Tage darauf wurde er durch den Tod von seinem schweren Leiden erlöst. Er war ein aufrechter und guter Mensch, der sich durch sein natürliches, offenes und ehrliches Wesen viele Freunde erworben hatte, die seiner stets in Ehren gedenken werden. Th. V.

* **Dr. med. Josef Schrey †.** Dieser Tage starb in Merzig plötzlich der praktische Arzt, Herr Dr. med. Schrey. Wenn man auch wußte, daß der Verstorbene in der letzten Zeit erkrankt war, so hatte doch niemand mit seinem so jähen Ableben gerechnet. Dr. Schrey, der Jahrzehnte in Merzig wirkte, war ob seiner leutseligen echt rheinischen Art allenthalben beliebt. Besondere Verdienste erwarb er sich um die Förderung der Sanitätskolonne, die er seit 1905 als Kolonnenarzt betreute. Außerdem war er seit 23 Jahren Mitglied der städtischen Gesundheitskommission und hat auch hier sehr segensreich zum Wohle seiner Mitbürger gewirkt. Der Aerzteverein Saarlouis-Merzig verliert in ihm sein langjähriges Mitglied und seinen derzeitigen ersten Vorsitzenden, der in kluger Weise die Standes- und Berufsinteressen seiner Kollegen wahrzunehmen verstand. Der Heimgegangene war ein stets hilfsbereiter Mensch, der immer und überall auf seinem Posten war, er war ein aufrechter Patriot, der die Heimkehr unserer Saarheimat in das große deutsche Vaterland sehnlichst erwünschte, dem es aber leider nicht mehr vergönnt war, diesen Tag zu erleben. In Baden-Baden, wo er Heilung suchte, wurde er vom Tode überrascht; dort hat er auch seine letzte Ruhestätte gefunden.

* **Lehrer Jonas †.** Mit dem Konrektor i. R. Johann Jonas, einer bekannten Saarbrücker Lehrerpersönlichkeit, dessen sterbliche Hülle seine Freunde und Bekannten am herbstlichen Nachmittage des 9. Oktober 1934 auf dem Waldfriedhofe in Burbach zur letzten Ruhe geleiteten, hat der unerbittliche Schnitter Tod wieder eine tiefe Lücke in die geschlossene Reihe der altgedienten Lehrergardisten geschlagen. Ueber ein Menschenalter, bis in seine alten Tage hinein, lebte er in dem Arbeiterviertel unserer Großstadt. Neben seiner eigentlichen Berufsarbeit galt sein Wirken und Walten den Armen und Hilfsbedürftigen seines Bezirks, die in ihm einen gewissenhaften Waisenvater verlieren. Diese aufopferungsvolle Tätigkeit, wofür ihm zu seinen Lebzeiten einige urkundliche Beweise, jüngst noch durch den Landeshauptmann der Rheinprovinz, zuteil wurden, brachte ihn nicht zuletzt mit den maßgebenden weltlichen und kirchlichen Kreisen zusammen, die mittrauernd an der Bahre dieses echt katholischen, deutschen Schulmanns ihr Haupt verhüllen. Das Vertrauen der Pfarreingesessenen berief ihn 1908 in die kirchliche Gemeindevertretung, deren Vorsitzender er bis 1923 war. Von da ab bis zu seinem Tode war der Verewigte Mitglied des Kirchenvorstandes von St. Josef. Aeußerlich kam deren Anteilnahme am Begräbnistage zum Ausdruck in dem wohlbeschrifteten Blumengebinde der Stadt Saarbrücken, der Lehrerschaft und der deutschen Ostmesse, mit der dienstliche Beziehungen einen Sohn des Verstorbenen verknüpfen. Den heißersehnten Ausgang des Wahl- und Befreiungskampfes an der Saar zu erleben, war dem wackeren Kämpen für das Deutschtum mithin nicht mehr vergönnt. Der Herr schenke seinem Knecht den ewigen Lohn!

* **Saarbrücken:** Frau Maria Keßler geb. Schirra, 68 Jahre; Frau Wwe. Anna Haage geb. Werntz; Frau Martha Maria Elisabeth Kiefer geb. Bohn; Oberbahnhofsvorsteher i. R. Wilhelm Büchner, 67 Jahre; Maschinensetzer Jakob Kornbrust, 56 Jahre; Rentner Karl Schneider, 71 Jahre; Emil Alexander Biet, 52 Jahre; Julius Behrens, 72 Jahre; Gastwirt Georg Keller, 71 Jahre; Liselotte Frantz, 18 Jahre; Georg Kolb, 62 Jahre; Banklehrling Fritz Wenz, 19 Jahre; Lokomotivführer a. D. Adam Müller, 59 Jahre; Georg Keller, 62 Jahre; Frau Eva Pfeiffer geb. Gerlach, 64 Jahre; Eisenbahn-Werkstätten-Obervorsteher i. R. Max Häusler, 60 Jahre; Frau Emmy Busch geb. Zehren, 29 Jahre; Frau Wwe. Friedrich Bollow geb. Gertrude Thiel, 83 Jahre; Gustav Werner, 67 Jahre; Frau Johanna Marx geb. Geyer, 70 Jahre; Adam Hoffmann, 53 Jahre; Martin Seiwert, 69 Jahre; Frau Wwe. Ludwig Raven Aline geb. Fontaine, 82 Jahre; Friedrich Diener, 55 Jahre; Nikolaus Dick, 59 Jahre; Frau Wwe. Ferdinand Pilz geb. Maria Frank, 72 Jahre; Frau Emil Bonnem Henriette geb. Bernheim, 73 Jahre; Jakob Schramm, 61 Jahre; Adam Hoffmann; Frau Berta Diedrich geb. Brandstätter, 45 Jahre; Konrektor i. R. Johann Jonas, 70 Jahre. — **Brebach:** Frau Wilhelm Wittmann Karoline geb. Kiegler, 56 Jahre. — **Bischmisheim:** Peter Lülch, 85 Jahre. — **Gersweiler:** Margarete Kiefer, 56 Jahre. — **Geislautern:** Matth. Jost, 67 Jahre. — **Völklingen:** Josef Reichert, 29 Jahre; Frau Maria Gorges geb. Kohl, 63 Jahre. — **Güchenbach:** Bergsekretär i. R. Karl Feld, 40 Jahre. — **Püttlingen:** Georg Schmitt, 83 Jahre. — **Lebach:** Jakob Scherer, 80 Jahre. — **Herrensohr:** Frau J. Haupenthal Elisabeth geb. Scherer, 65 Jahre. — **Dudweiler:** Gustav Dulz, 46 Jahre; Jakob Kaiser, 65 Jahre; Frau Wwe. Dorothea Komes geb. Schart, 77 Jahre; Frau Wwe. Jakob Quinten geb. Bucher, 67 Jahre; Frau Regina Berberich geb. Clossel, 62 Jahre; Frau Wwe. Joh. Mohr Margarethe geb. Steinhauser, 78 Jahre; Frau

Die Nr. 7 der „Saarheimatbilder" liegt dieser Ausgabe bei.

Adolf Pitz Kath. geb. Wohmann, 56 Jahre. — **Sulzbach:** Frau Wwe. Maria Kirtz geb. Färber, 71 Jahre. — **Göttelborn:** Steiger i. e. R. Heinrich Schwertner, 47 Jahre. — **Friedrichsthal:** Frau Anna Herrmann geb. Schmidt, 62 Jahre; Philipp Rosar, 45 Jahre. — **Bildstock:** Christian Caspary, 74 Jahre; Frau Wwe. Stefan Schnur geb. Urhahn, 78 Jahre. — **Elversberg:** Frau Wwe. Joh. Nik. Ficker geb. Chr. Schwerdel, 77 Jahre; Klempnermeister Ludwig Kaufmann. — **Spiesen:** Kapellmeister Albert Schlemmer. — **Quierschied:** Frau Wwe. Maria Lutz, 59 Jahre. — **Neunkirchen:** Frau Lina Kaupe geb. Müller, 71 Jahre; Frau Karoline Ostermann, 61 Jahre; Frau Franziska Haubenthal geb. Beckhäuser, 67 Jahre; Frau Wwe. Maria Zorn geb. Giebel, 55 Jahre; August Gölzer, 72 Jahre; pens. Hüttenarbeiter Peter München, 57 Jahre; Johann Fitzer, 70 Jahre; Hermann Gillmann, 18 Jahre; Joh. Jost, 80 Jahre; Jakob Jung, 66 Jahre; Frau Luise Bach geb. Bach, 56 Jahre; Karl Anschütz, 65 Jahre; Frau Katharina Dietzen geb. Schaly, 34 Jahre; Oberbahnhofsvorsteher i. R. Franz Meyer, 70 Jahre. — **Wiebelskirchen:** Frau Liesel Trumm geb. Weinmann, 28 Jahre; Frau Adele De. Maddalena geb. Marchesotti, 59 Jahre. — **Ottweiler:** Hüttenpförtner Karl Kilp, 52 Jahre. — **Ottweiler-Ziegelhütte:** Frau Ludwig Schneider Luise geb. Conrad, 66 Jahre. — **St. Wendel:** Kreisschulrat Peter Heintz, 55 Jahre; Frau Elisabeth Flaccus geb. Backes, 54 Jahre; Lehrerin i. R. Katharina Kirsch, 72 Jahre. — **Niederlinxweiler:** Eisenbahnsekretär i. R. Jakob Bettinger, 56 Jahre. — **Bous:** Oberingenieur und Direktor des Gaswerks Bous Ludwig Wißmann. — **Dillingen:** Steuersekretär i. R. Ludwig Herold, 61 Jahre; Frau Wwe. Josef Ory Josefine geb. Kestenbach, 78 Jahre; Rel.-Lok.-Führer Johann Berndt, 47 Jahre; Mathias Pelzer, 16 Jahre; Frau Wwe. Katharina Riehm geb. Bauer, 79 Jahre; Frau Wwe. Johann Thomaser Maria geb. Schneiderlöchner, 79 Jahre. **Pachten:** Bäckermeister Nikolaus Fries, 55 Jahre. — **Marpingen:** Bäckermeister Johann Scherer, 75 Jahre. — **Differten:** Mühlenbesitzer Josef Abel, 50 Jahre. — **Hanstadt:** pens. Fabrikarbeiter Nikolaus Kornbrust, 70 Jahre. — **Saarlouis:** Adolf Kniesz, 69 Jahre; Ludwig Schellenberg, 71 Jahre; Nikolaus Caspar, 72 Jahre; Polizeiwachtmeister i. R. Johann Rusch, 72 Jahre; Frau Wwe. Franz Bies Barbara geb. Comtesse, 73 Jahre. — **Besseringen:** Margarete Welsch, 47 Jahre. — **Merzig:** Frau Wwe. Nikol. Gusenburger Maria geb. Bock, 83 Jahre; Pensionär Pet. Bock, 80 Jahre; Matthias Josef Hansel. — **Mettlach:** Maria Mayer, 79 Jahre. — **Losheim:** Bauunternehmer i. R. Jak. Benedum, 65 Jahre. — **St. Ingbert:** Peter Grünfelder (Merzenwalderhof); Glasschneider Wilhelm Neurohr, 33 Jahre; Frau Emilie Sehn geb. Müller, 35 Jahre; Frau Elisabetha Lefebre geb. Hartz, 50 Jahre; Oskar Metz, 26 Jahre. — **Blieskastel:** Frau Lin Blume-Werry geb. Borck. — **Blickweiler:** Frau Katharina Kihm geb. Kohl. — **Neufechingen:** Frau Anna Huth geb. Rauch. — **Keuchingen:** Frau Anna Jacoby geb. Tritz, 67 Jahre. — **Berus:** Frau Nik. Schneider Susanna geb. Bettscheider, 65 Jahre. — **Maybach:** Frau Katharina Hildenbrand geb. Schenk, 55 Jahre. — **Bozen:** Johann Baptist de Martin Fabbro, 59 Jahre. — **Wiesbaden:** Karl Joh. Christ. Mertz; Dr. jur. Fritz Röchling, 70 Jahre. — **Bremen:** Albert Schmidtborn, 62 Jahre.

Vom Bunde der Saarvereine

* Aus der Arbeit der Ortsgruppen

In Luckenwalde fand vor kurzem im Tivoli ein eindrucksvoller Saarabend statt. Der gute Besuch zeigte die Anteilnahme der Ortsbevölkerung am Schicksal der Saarbevölkerung. Der Stützpunktleiter Ludwig gab seiner Freude über den guten Besuch Ausdruck und fand herzliche Worte der Begrüßung. Dann sprach Landsmann Müller-Neunkirchen über die Saarfrage. Er schilderte anschaulich das Schicksal der Saarlandes und betonte mit Nachdruck, daß für die Saarländer weder ein Fortbestand der Autonomie noch ein Anschluß an Frankreich, sondern nur die Rückkehr ins deutsche Vaterland in Frage käme. Obmann Pape dankte dem Redner, dessen Ausführungen stürmischen Beifall ernteten. Eine Kapelle brachte Lieder und Märsche zu Gehör und verstärkte so das eindrucksvolle Treuebekenntnis zu den Brüdern an der Saar. — Der Saarverein Gr.-Essen konnte am 16. September den Musikverein „Harmonie" aus Saarlouis begrüßen. Schon am Bahnhof fand ein herzliches Willkommen statt. Die saarländischen Gäste besichtigten dann den Saarobelisk in der Nähe des Hauptbahnhofs und spielten hier das Saarlied. Nachmittags und abends veranstaltete der Musikverein „Harmonie" Volkskonzerte im Städt. Saalbau. Der Ortsgruppenführer A. Sutter richtete herzliche Worte der Begrüßung an die Landsleute, worauf der Ehrenvorsitzende des Musikvereins „Harmonie", Herr Rektor Lemmier, in bewegten Worten für den herzlichen Empfang dankte. Am folgenden Tage besichtigten die Gäste die Gruga und die Ausstellung „Deutsche Arbeit im deutschen Westen". Einen schön verlaufenen Saarheimatabend gab der Saarverein Gr.-Essen außerdem am 29. September zu Ehren der 300 Saarlandsleute. Nach einigen Musikvorträgen der Essener Schutzpolizei, einem Vorspruch „Deutscher Gruß" und verschiedenen Liedervorträgen, besonders von Essener Opernsängern und einer Opernsängerin, begrüßte der Kreisamtsleiter der NSV. die Anwesenden. Man habe sich zusammengefunden, so führte er aus, um echte Verbundenheit mit den saarländischen Gästen zu zeigen. Hierauf sprach der Ortsgruppenführer des Saarvereins Gr.-Essen, A. Sutter, herzliche Worte zu den Landsleuten. Sein Dank galt allen Mitwirkenden des Abends. Als letzter Redner sprach der stellv. Führer des Bundes, Mittelschulrektor Debusmann. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Der zweite Teil des Abends brachte in gemütlicher Unterhaltung und bei fröhlicher Stimmung Rezitationen und Musikstücke. — Die Ortsgruppe Duisburg versammelte ihre Mitglieder am 15. September zur ersten Versammlung nach den Ferien. Ortsgruppenführer Alt berichtete über die Saarkundgebung auf dem Ehrenbreitstein und die vorangegangene Bundestagung in Koblenz, wobei er im einzelnen auf die Vorträge der Herren Debusmann, Vogel und Giersberg einging. Besonders gedachte er dann eines Jubilars, des Herrn Gottfried Wunn, des ältesten Mitgliedes des Vereins, der in jenen Tagen seinen 75. Geburtstag beging. Am 16. September fand eine Versammlung für den Stützpunkt Neuenkamp statt, auf der ebenfalls Ortsgruppenführer Alt sprach. Sechs Tage später trafen 300 Saarurlauber in Duisburg ein. Die Saarvereine von Duisburg und Meiderich empfingen die Urlauber am Bahnhof. Auf dem Theatervorplatz fand eine Saarkundgebung statt. Herr Stollbrock begrüßte die Saarurlauber für die NS.-Volkswohlfahrt und Ortsgruppenführer Alt für die Ortsgruppen Duisburg und Meiderich. Schließlich sprach noch ein Vertreter der Stadtverwaltung. Am Abend versammelten sich sämtliche Duisburger Abstimmungsberechtigte und Saarländer zu einer großen Kundgebung, die ein Symbol für die treudeutsche Gesinnung der Saarländer wurde. Herr Alt referierte über die Ziele und Bedeutung der Saarabstimmung und über deren technische Durchführung. — Am Sonntag, dem 23. September, fand eine Versammlung der Landsleute im Stützpunkt Hüttenheim statt, wo ebenfalls Herr Alt über die Abstimmung sprach. Am 30. September kehrten die Saarurlauber in ihre Heimat zurück. — In dem Stützpunkt Dillenburg veranstaltete der Bund der Saarvereine eine wohlgelungene Saarkundgebung. Nach Begrüßungsansprachen des kommissarischen Kreisführers der Kreisgruppe Dillkreis, Kupfrian, einigen Gesangsvorträgen des Männergesangvereins „Orpheus" und einigen Sprechchören des Dillenburger Arbeitslagers sprach der Hauptredner des Abends, der Führer der Ortsgruppe Marburg des Bundes der Saarvereine Dr. Freymann, ausführlich über das Thema: „Die Saar ist deutsch und bleibt deutsch." U. a. sagte er, nicht 150 000 Franzosen, wie Clemenceau bewußt falsch angegeben habe, sondern lediglich 600 Franzosen seien bei der letzten amtlichen Volkszählung im Jahre 1913 als französische Staatsangehörige im Saargebiet gezählt worden. Die Saarländer ließen sich heute durch solche Lügen und Täuschungsmanöver nicht beirren. Der französische Einfluß in den saarländischen Hüttenwerken sei auf ein Mindestmaß zurückgedrängt. Auch die unsauberen französischen Machenschaften im Warndtgebiet würden die Franzosen nicht zum Ziele führen. Die ganze Bevölkerung, katholisch wie evangelisch, denke und fühle deutsch und werde deutsch zu handeln wissen. Nach Schluß des Vortrages sang die ganze Versammlung des Saarlied mit dem Saarschwur. Im Schlußwort forderte der kommissarische Kreisgruppenleiter alle Anwesenden auf, dem Bund der Saarvereine als Mitglieder beizutreten. Mit dem Absingen der beiden Nationalhymnen fand die Saarkundgebung ihr würdiges Ende. — Auch in Haiger fand eine größere Saarkundgebung statt. Hier sprach ebenfalls der Führer der Ortsgruppe Marburg, Dr. Freymann, über das Saarland und das Saarschicksal. Sprechchöre verschönerten die Kundgebung, die mit dem Saarlied und dem gemeinsamen Gesang der beiden Nationalhymnen ihr Ende fand.

* **Saarurlauber in Mülheim (Ruhr).** Auf Einladung der NSV. trafen am 22. September 200 Saarurlauber auf dem Hauptbahnhof Mülheim (Ruhr) ein. Die Stadt hatte Festschmuck angelegt. Auf dem Bahnhofsvorplatz prangte weithin sichtbar das Transparent: „Den Saarländern zum Gruß!" Kreisleiter Camphausen und Oberbürgermeister Maerz begrüßten die Brüder von der Saar mit herzlichen Worten des Willkommens. Fräulein Kalkowski richtete als Begrüßungsspruch den Saarschwur von Joseph Lang an die Gäste. Ganz spontan trat ein Sprecher der Saarländer vor und gab seinen Dank in kernhaften und trutzigen Versen kund. Nach der Begrüßung rückten die Saarländer in festlichem Zuge zu ihren Quartieren ab. Der Aufenthalt in Mülheim (Ruhr) sollte unseren Saargästen zum frohen Erleben werden. Am 24. September fand ein besonderer Begrüßungsabend im Handelshof statt. Den Abend leitete ein fleißiges Streichorchester mit lustigen Weisen ein. Bald entwickelte sich ein fröhliches Treiben, das deutlich erkennen ließ,

wie wohl sich unsere Heimatbrüder in der Obhut ihrer Gastgeber fühlten. Der Begrüßung folgte der Gesang des Saarliedes und ein Sieg-Heil auf die Saar, wonach ein gleicher, freudiger Gruß an die Mülheimer Gastgeber folgte. Neben den Darbietungen der Kapelle füllten Liedervorträge, heitere Rezitationen und launige Vorträge in „Möllmsch Platt" den Abend aus. Ein zweiter genußreicher Abend sollte am darauffolgenden Freitag eine eigens für unsere Saarurlauber veranstaltete Löns-Feier in der Stadthalle sein. Während der erste Teil des Programms den Brüdern von der Saar galt, war der zweite, rein musikalische Teil dem Gedächtnis Hermann Löns' gewidmet. Ein Sinfonie-Orchester leitete die Doppelfeier mit dem Badenweiler Marsch ein, unter dessen Klängen die Saardeutschen geschlossen in den festlich geschmückten Saal marschierten. Ueber dem Podium prangte die Inschrift: „Deutsch die Saar immerdar!" Der Führer der Saardeutschen sprach mit bewegten Worten seinen Dank aus, der in den Worten gipfelte: „Wenn ich den Mülheimer Volksgenossen danken wollte, dann müßte ich mehr Worte haben als Tropfen in der Ruhr sind." Den Höhepunkt des Erlebens bildete für unsere Saargäste die Fahrt auf dem Rhein zur Schillstadt Wesel. Auf dem schmucken Dampfer „Oberbürgermeister Lembke" der MRG. ging es mit Musik die Ruhr und dann den Rhein hinab. Ein großes Transparent am Schiffe kündete den Volksgenossen am Lande die Fahrt der Saardeutschen. Am Garnisondenkmal in Wesel legte der Führer der Saarländer einen Kranz nieder und gelobte den Gefallenen, in ihrem Sinne für Deutschland auch an der Saar einzutreten. Sodann ging es durch die Stadt zum Denkmal der elf Schillschen Offiziere und den Aufenthaltsräumen in der Zitadelle, in der die Schillgetreuen ihre letzten Stunden verbrachten. Bewegt verließen die Besucher diese heiligen Stätten. Unter den Klängen flotter Märsche und mit Blumen festlich geschmückt, marschierten unsere Heimatbrüder am Sonntag zum Hauptbahnhof. Unter den Klängen des Saarliedes dampften unsere saardeutschen Gäste aus der großen Halle ihrer Heimat zu. — Die Ortsgruppe Mülheim (Ruhr) des Bundes der Saarvereine hatte am 15. September im Rheinischen Hof eine gutbesuchte Versammlung. Ortsgruppenführer Metzen gedachte des verstorbenen Reichspräsidenten. Er gab einen Bericht über die Saarkundgebung auf dem Ehrenbreitstein. Als ein besonderes Erlebnis bezeichnete es der Ortsgruppenführer, daß er bei der Kundgebung auf der Tribüne in der Nähe des Führers sein durfte. Am 22. September hat der frühere, durch längere schwere Krankheit verhindert gewesene Vorsitzende, Studienrat Eduard Kockler, Adolfstraße 37, wieder die Führung der Ortsgruppe übernommen.

* **Saardeutscher Opfergeist.** Auf Einladung der Ortsgruppe Hamborn des Bundes der Saarvereine hatten sich die Hamborner Saarabstimmungsberechtigten und Saardeutschen in großer Anzahl im Ratskeller eingefunden. Das Mitglied des Führerrates Albert gab einen Bericht über die Saar-Treuekundgebung auf dem Ehrenbreitstein, die von über 250 Mitgliedern des hiesigen Saarvereins mit Fahne und Wappen besucht worden war. Die Ortsgruppe hat mit Hilfe der Stadtverwaltung eine Geschäftsstelle eingerichtet, wo die Hamborner Saarabstimmungsberechtigten die Ausfertigung ihrer Antragsformulare zwecks Eintragung in die Saarabstimmungslisten bewerkstelligen konnten. Infolge der rastlosen Tätigkeit des Saarvereins war es möglich, alle gemeldeten Hamborner Saarabstimmungsberechtigten zu erfassen und die Anträge zu erledigen. Ueber die nächsten Maßnahmen bis zur Abstimmung referierte der Ortsgruppenführer Reinshagen. Folgende Entschließungen wurden beantragt und gutgeheißen: Die am 8. September im Hamborner Ratskeller versammelten Hamborner Saar-Abstimmungsberechtigten und Saardeutschen faßten folgende Entschließungen: 1. Wir danken unserem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler für sein unentwegtes festes Eintreten für unsere Saarheimat und sein Wirken um die restlose Rückkehr des Saargebietes zum deutschen Mutterlande und alle vorbereiteten Maßnahmen zur Wiedergesundung des uns seit 14 Jahren entrissenen Teiles der gefährdeten deutschen Westmark. Wir Hamborner Saardeutschen versprechen treue Gefolgschaft und stete Mitarbeit im Sinne unseres Führers. 2. Das Bemühen der Reichsregierung um die Wiedergewinnung der deutschen Saar unterstützen wir mit vollem Herzen und allen Kräften, und um die Unterhandlungen wegen der Rückerwerbung der Saarkohlengruben zu beschleunigen, opfern wir Hamborner Saardeutschen zur „Bildung eines Saargruben-Schatzes", welchen wir dem Führer zur Verfügung stellen. Wir wollen auch bei unseren Mitbürgern für diesen Gedanken werben und dadurch dem deutschen Volke ein Beispiel geben und somit jeden deutschen Volksgenossen aneifern, uns gleich zu tun. Der Saardeutschenabend wurde durch gemeinsamen Gesang von Saarliedern verschönt, und die Veranstaltung nach einem Schlußwort mit dem Gesang des Saarliedes geschlossen.

Neue Ortsgruppen wurden gegründet in: **Solingen,** Führer: Hans Guldner, Solingen, Bismarckplatz 1.

Pfälzer Kerwe und Fest der Weinlese

am Samstag, dem 20. Oktober 1934, abends 8 Uhr im groß. Saal d. Kammersäle, SW 61, Teltower Str. 1-4

9 Uhr: Einzug der Winzer und Trachten / Weinlesefest Huldigung und Lied auf den 1934er

Opernsänger Heinz Berghaus singt / Allgemeiner Tanz Volkstänze unserer Trachten- und Tanzgruppe u. a. m. Deutsche Trachten aller Gaue / Trachtenkapelle Grabow des Reichsbundes Volkstum und Heimat, Berlin

EINTRITT: Trachtenträger RM 0,50, Mitglieder RM 1,00, Gäste RM 1,50

Erbitten zur Entlastung der Abendkasse Vorverkauf durch Einzahlung auf Postscheckkonto Berlin 61062 unseres Schriftführers Fritz Müller, Berlin-Schöneberg

Verschiedene Sorten Pfälzerwein, auch im glasw. Ausschank, 1/4 Liter ab 40 Pf. einschl. Steuer u. Bedienung / Bratwürste / Schweinerippchen / Schwartemagen / Laugebrezeln / Handkäs / Federweißer

Briefkasten

Mit bestem Dank bestätigen wir den Empfang folgender Beiträge: C. G. in B. 2,50 RM. L. B. in Z. 5,— RM. R. Sch. in N. 5,— RM. R. Z. in W. 5,— RM. J. B. in S. 3,30 RM. P. Sp. in Q. 1,80 RM. F. T. in St. J. 2,50 RM. F. K. in Sch. 2,90 RM. G. O. in S. 1,60 RM. F. B. in S. 5,— RM. E. R. N. in S. 4,— RM. T. Sch. in T. 2,50 RM. R. G. in N. 2,50 RM. P. A. F. in F. 1,50 RM. E. B. in S. 3,— RM. A. R. in N. 16,50 RM. J. St. 1,50 RM. M. S. in G. 1,50 RM. A. Sch. in N 3,— RM. W. Z. in N. 16,50 RM. K. Pf. in S. 1,— RM. K. Th. in D. 1,50 RM. J. W. in Sch. 5,— RM. W. H. in J. 6,50 RM. K. K. in N. 3,30 RM. J. M. in K. 5,— RM. G. K. in B. 3,30 RM. Chr. W. in D. 3,30 RM. W. G. in G. 3,30 RM. A. F. in M. 4,— RM. N. in S. 1,— RM. Chr. Sch. in L. 2,95 RM. J. G. in S. 1,— RM. J. in S. 1,50 RM. E. W. in Klb. 5,— RM. Dr. K. Sch. in O. 2,— RM. H. B. in W. 5,— RM. O. H. in N. 4,— RM. F. R. in M. 8,20 RM. F. St. in S. 5,— RM. A. J. W. in N. 1,50 RM. J. Sch. in F. 5,— RM. J. M. in H. 13,— RM. B. B. in B. R. 1,— RM. F. B. in R. 2,50 RM. D. in S. 1,50 RM. K. Sch. in E. 7,— RM. W. N. in F. 3,60 RM. W. G. in S. 8,30 RM. K. R. in S. 1,50 RM. A. U. in S. 1,— RM. J. R. in E. 8,30 RM. M. S. in St. W. 3,30 RM. J. E. in S. 3,— RM. A. K. in N. 1,50 RM. R. A. L. in N. 8,30 RM. G. Sch. in S. 16,60 RM. A. F. in E. 8,30 RM. W. B. in Sch. 1,50 RM. L. K. in A. 2,— RM. H. L. in L. 1,50 RM. F. Z. in S. 10,— RM. J. M. in N. 1,50 RM. K. Z. in F. 1,50 RM. J. A. in St. 5,— RM. H. M. in D. 10,— RM. G. W. in C. 4,— RM. G. K. in E. 7,— RM. Dr. F. in Q. 1,15 RM. L. H. in D. 6,— RM. Ph. K. in S. 3,— RM. M. A. in E. 6,— RM. H. F. in S. 2,— RM. A. Sch. in B. 10,— RM.

Bücherbesprechungen

* **Zwei Saarschauspiele von Theo Jörg.** Theo Jörg, der allen Saarländern und Freunden der Saar bereits durch verschiedene wirksame Sprechchöre bekannt ist, hat jetzt zwei saarländische Heimatspiele verfaßt, deren Aufführung auf kleineren und Laienbühnen und bei größeren Kundgebungen sicher zur Belebung des Interesses an der deutschen Saar beitragen wird. Das erste, größere Schauspiel nennt sich „Front an der Saar" und gestaltet die Schicksale einer Bergmannsfamilie unter der Fremdherrschaft des Saargebietes recht ansprechend und gehaltvoll. Im ersten Akt ist die Zerrissenheit einer deutschen Bergmannsfamilie durch die Parteibildungen geschildert, im zweiten das Treiben und unterirdische Wirken der französischen Propaganda mit ihrem separatistischen Anhang, und im dritten kommt die Erlösung durch einen Bergsturz in der Grube. Da finden sich die deutschen Brüder aus den verschiedenen Parteien und Grüppchen in Not und Tod zusammen. Wie sie die Erde stützen als Pfeiler von Fleisch und Blut, so stützen sie sich auch gegenseitig als lebendige Mauern. So heißt es einmal: „Erde, deutscher Erde sind wir Pfeiler, Stütz und Pfahl", oder „Brüder in Todgefahr, wir stehen euch bei!" Kein besserer Eindruck kann beim Zuschauer zurückbleiben, als das Wort des französischen Grubeninspektors: „Es ist etwas Geheimnisvolles an den Deutschen! — Was ist das?" Der vierte Akt läßt den Spuk der Separatisten und Kommunisten vollends zerflattern. Die deutschen Brüder aus allen Lagern schließen sich zusammen zu einer großen Eid- und Schwurgemeinschaft, sie huldigen dem Andenken und den Manen der toten Soldaten. Ihr Schwur klingt in die Worte aus: „Deutschland wir schwören, ewig und neu, Dir anzugehören — Deutschland getreu." — In kleinerem Rahmen und für kürzere Aufführungen geeignet, stellt sich uns das zweite Schauspiel von Theo Jörg dar, das den Titel führt: „Wacht im Berg". Es schildert und gestaltet ähnliche Schicksale von Saarbergleuten und Werkstudenten. Beide Schauspiele sind im Verlag von Arwed Strauch in Leipzig erschienen. W. R.

* **Vom Bauerntum der Saar.** Aus Anlaß der Rheinischen Grenzlandschau der Landesbauernschaft Rheinland in Bad Kreuznach gab der Rhein. Verein für ländliche Wohlfahrt und Heimatpflege ein Buch vom Bauerntum der Saar heraus. In organischer Folge weist das in Frage stehende Büchlein wenige, kurze, klare Aufsätze, u. a. vom rhein. Landesbauernführer K. v. Eltz und von Hauptstabsleiter Dipl.-Landwirt Herkenrath, auf, die dem einfachen Menschen mehr sagen, als dicke Bände es tun könnten. Im Vorwort streift Frau Elisabeth Esser in zurückhaltender Weise die Schwierigkeiten der Saarbetreuung, die sich seit Festsetzung des Abstimmungstermines am 13. Januar wieder zu mehren beginnen. Mit dem größtenteils neuen, aber ausgesuchten Bilderbericht dürfte sowohl der Außenstehende als auch der heimattreue Saarmensch sehr einverstanden sein. Das kleine Werk ist zu beziehen durch den Rhein. Verein für ländl. Wohlfahrt und Heimatpflege, Landesbauernschaft Rheinland, Bonn, Endenicher Allee 60. (Preis einschl. Zustellung 1,— RM.)

Regelmäßige Zusammenkünfte der Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine

Ortsgruppe Aachen: Jeden ersten Samstag im Monat, 8.30 Uhr, im Restaurant Hinselmann, Hotel Thüringer Hof, Seilgraben.

Ortsgruppe Berlin. Jeden ersten Donnerstag im Monat im Restaurant „Zum Franziskaner" im Stadtbahnbogen Friedrichstraße (Barock-Saal), abends 8½ Uhr.

Ortsgruppe Bielefeld. Jeden letzten Samstag im Monat, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal „Erholung" Papenmarkt

Ortsgruppe Bingerbrück. Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Vereinslokal „Gasthaus zum Bingerwald", Bingerbrück, Coblenzer Str. 105. Besitzer Jakob Wald, geborener Saarländer.

Ortsgruppe Bochum. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal Gasthaus Ohligschläger, Bochum, Hattinger Straße 103.

Ortsgruppe Bottrop. Jeden zweiten Sonntag im Monat Versammlung im Vereinslokal Mainz (Storp), nachmittags 5 Uhr.

Ortsgruppe Bremen. Jeden zweiten Montag im Monat in „Baune's Restaurant" am Marktplatz 9.

Ortsgruppe Buer. Monatsversammlung stets am ersten Sonntag nach dem 13., um 5 Uhr nachmittags, in der Wirtschaft May, Dorstener Straße.

Ortsgruppe Buer-Erle. Jeden dritten Sonntag im Monat im Restaurant „Kaiserhof", Buer-Erle, Bismarckstraße 178, nachm. 5 Uhr.

Ortsgruppe Castrop-Rauxel-Nord 2. Jeden zweiten Sonntag im Monat im Vereinslokal Budde, Adolf Hitlerstraße.

Ortsgruppe Castrop-Rauxel-Süd. Jeden zweiten Sonntag im Monat bei Werner Altheide, Holzstr. 55.

Ortsgruppe Datteln. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr im Lokal Börner (Gasthaus zur Post)

Ortsgruppe Dillenburg: Jeden ersten Sonnabend im Monat im Hotel „Zum Hirsch", obere Hauptstraße.

Ortsgruppe Dinslaken. Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, abwechselnd im NSBO-Heim (Zum Fürsten Bismarck) und beim Landsmann Rau.

Ortsgruppe Dortmund. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr bei Berghoff, Körnerplatz.

Ortsgruppe Duisburg. Jeden zweiten Sonntag im Monat in der Bürgergesellschaft „Union", Duisburg, Josephsplatz 3, abends 8 Uhr.

Ortsgruppe Düsseldorf. Jeden zweiten Samstag im Monat (bzw. durch bes. Rundschreiben) im Restaurant „Rheinhof", Kasernenstraße 29 (bei Landsmann Wagner), abends 8½ Uhr.

Ortsgruppe Erkenschwick i. W. Jeden zweiten Sonntag im Lokal von Herrn Anton Hundrop.

Ortsgruppe Erfurt. Jeden zweiten Dienstag im Monat 20.15 Uhr im Hotel „Fürst Bismarck", Erfurt, Reglerring Nr. 6

Ortsgruppe Gelsenkirchen. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr, im Bahnhof-Hotel Gelsenkirchen, gegenüber dem Hauptbahnhof.

Ortsgruppe Gelsenkirchen-Horst. Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereinslokal Heinrich Oehler, Horst-E., Am alten Amtshaus.

Ortsgruppe Hagen. Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Vereinslokal „Deutscher Krug", Körnerstraße.

Ortsgruppe Halle. Jeden zweiten Donnerstag im Monat, 20 Uhr 30 Min., im „Koburger Hofbräu", Kaulenberg.

Ortsgruppe Hamburg. Jeden zweiten und vierten Freitag im Monat, abends 8 Uhr, im Hansa-Hotel, Hamburg, Klostertor 6.

Ortsgruppe Hannover. Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 20½ Uhr, im Restaurant Ferd. Steg, Haltenhoffstraße 22.

Ortsgruppe Heilbronn. Jeden zweiten Samstag im Monat im „Fürstenberger Hof" in der Deutschhofstraße bei Herrn Stirn.

Ortsgruppe Herne. Jeden Donnerstag, 8 Uhr, Ritterschenke, E. Biermann, Bahnhofstraße 126.

Ortsgruppe Herveſt-Dorſten. Jeden zweiten Sonntag im Monat, 15 Uhr, Westfalenhalle.

Ortsgruppe Hof-Saale. Jeden zweiten Montag im Monat, wechselseitig bei Vereinsmitgliedern und Gaststätte Rußbuttn, Ludwigstraße.

Ortsgruppe Homberg. Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereinslokal Restauration „Zur Post", Inh. Heinrich Friedrichs, Mörserstraße, Hochheide, um 16 Uhr.

Ortsgruppe Karlsruhe. Jeden ersten Mittwoch im Monat im Lokal zum „Prinzen Karl", Ecke Zirkel- u. Lammstraße, abends 8½ Uhr.

Ortsgruppe Köln. Jeden ersten Mittwoch im Monat, Rudolfsaal, Inh. Heinrich Feith, Hahnenstr. 36.

Ortsgruppe Lübeck. Jeden dritten Montag in jedem Monat, 8 Uhr abends, im Kulmbacher Bierhaus, Fleischhauerstraße 16.

Ortsgruppe Mainz: Jeden ersten Mittwoch im Monat in der Gaststätte am Kaisertor, Rhein-Allee 2, abends 8.30 Uhr.

Ortsgruppe Mörs-Meerbeck. Jeden vierten Sonntag im Monat, nachm. 4 Uhr, im Lokal von Hendricks (früher Hüsken), Meerbeck, Bismarckstraße.

Ortsgruppe Mülheim. Jeden zweiten Samstag im Monat im Hotel „Rheinischer Hof", Hindenburgstraße 162, Am Hauptbahnhof.

Ortsgruppe Münster i. W. Jeden zweiten Samstag im Monat von abends 20½ Uhr an im Mathäserbräu, Münster, Roggenmarkt 16—17.

Ortsgruppe Neuß. Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Zunfthause Neuß.

Ortsgruppe Nürnberg. Jeden zweiten Mittwoch im Monat Nürnberg-A., „Coburger Hof", Hallplatz 7, abends 8 Uhr.

Ortsgruppe Oberhausen. Jeden vierten Sonntag im Monat in der Gastwirtschaft „Im Krug", Eduard Tenge, Oberhausen, Markt 5.

Ortsgruppe Osnabrück. Jeden ersten Mittwoch im Monat im Hotel Bayerischer Hof (Stadtschänke), Adolf-Hitler-Platz, 8½ Uhr abends.

Ortsgruppe Recklinghausen. Jeden ersten Donnerstag im Monat, abends von 7 Uhr ab, im Lokal „Zum Drübbelken", Münsterstraße.

Ortsgruppe Rheinhausen. Jeden letzten Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Portmann, Deichstraße 109.

Ortsgruppe Sobernheim (Nahe). Monatsversammlung jeden ersten Samstag im Monat im Hotel Caesar (Schuler), Untere Adolf-Hitler-Straße, 8½ Uhr.

Ortsgruppe Stettin. Jeden zweiten Mittwoch des Monats im Restaurant „Zum Landsknecht", Birkenallee, Grabower Straße.

Ortsgruppe Stuttgart. Jeden ersten Montag im Monat im Restaurant Schwalb, Stuttgart, Charlottenplatz 3.

Ortsgruppe Wanne-Eickel. Jeden zweiten Sonntag im Monat im Gasthause Anton Altmeier, Wanne-Eickel, Hindenburgstraße 20.

Ortsgruppe Wattenscheid. Jeden ersten Sonntag im Monat im Lokal Josef Meyer (Zentralhof), Oststraße 19, nachmittags 5 Uhr.

Ortsgruppe Wiesbaden. Jeden zweiten Donnerstag im Monat 8 Uhr abends im Restaurant „Lese-Verein", Luisenstraße. Ferner Stammtisch: Altdeutsche Weinstube, Luisenstraße, Hotel Union, Neugasse.

Ortsgruppe Wilhelmshaven-Rüstringen. Jeden ersten Montag im Monat, abends 8.30 Uhr, im Kurpark Wilhelmshaven.

Ortsgruppe Wuppertal. Jeden zweiten Mittwoch im Monat im Restaurant Löwen, Elberfeld, Bahnhofstraße 18.

Weitere Ergänzungen werden erbeten!

Gegründet 1920 von Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin.

Erscheint monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder". Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW 7, Nr. 66536, oder auf Deutsche Bank. Depositenkasse O, Berlin SW 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein" mit dem Vermerk „Saar-Freund" erbeten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptschriftleiter Richard Posselt, Berlin-Lichterfelde. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein", Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. — Druck: Deutsche Zentraldruckerei A.-G., Berlin SW 11. — Auflage 9000.

Ausstellung „Deutsche Saar“ in Köln

Großplastik eines Saarbergmanns im Ehrenhof der Ausstellung. Ein Werk des saarländischen Bildhauers Prof. Voll Auf dem Sockel die Mahnworte Hindenburgs: „Seid tapfer, ihr Saarländer“

Landesgruppe Stettin

(Führer Fritz Herrmann)

Messestand
anläßlich der Braunen Messe
vom 20.—30. September 1934

Der von der Geschäftsstelle „Saar-Verein"-Berlin herausgegebene „Saar-Freund" hat zur 14. Tagung des Bundes der Saarvereine in Koblenz und auf dem Ehrenbreitstein am 26. August eine textlich und bildlich reich ausgestattete, 60 Seiten starke Sonderausgabe herausgegeben. In ihrer Vielseitigkeit vermittelt sie ein überaus eindrucksvolles Bild von der Mannigfaltigkeit der Saarfrage und stellt wenige Monate vor der entscheidenden Volksabstimmung ein über die Koblenzer Tagung hinausreichendes zeitgeschichtliches Dokument von großer Bedeutung dar. 15 Jahre Kämpfe um die Saar ziehen an unserem Auge vorüber, zugleich auch 15 Jahre Abwehr- und Aufklärungskämpfe der Geschäftsstelle „Saar-Verein" und des Bundes der Saarvereine um die Deutscherhaltung der Saar in dem fesselnd geschriebenen Artikel „Von Bielefeld bis Ehrenbreitstein". Die Organisation des Saarabwehrkampfes im Reich von 1918 bis 1934 behandelt in eingehenden und fesselnden Ausführungen der Gründer und bewährte Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein", Verwaltungsdirektor Th. Vogel. Packend wird hier aus sachverständiger Feder die mühevolle und aufopfernde Arbeit der eigentlichen Saarorganisation und des Trägers des Abwehrkampfes vor das geistige Auge des mit diesen Dingen wenig vertrauten Zeitgenossen gestellt. — Eine wirkungsvolle Ergänzung der Sondernummer bilden die „Saarheimatbilder", die regelmäßig als illustrierte Monatsbeilage des Bundesorgans erscheinen. Sie tragen aus Anlaß der 14. Bundestagung ein besonders schönes und reichhaltiges Gewand und bringen auf 24 Seiten eine Fülle von wertvollen, mit großen Kosten hergestellten Bildern, die unter der Sammelüberschrift „Die 15jährige Trennung des Saargebietes von Deutschland" in Form eines Gedenkblattes zusammengefaßt sind. Besonders gut gelungen sind die Bilder, die Saarbrücken während der Besatzungszeit und die unnatürliche Zollabschnürung des Saarlandes zeigen, weiterhin die von der Jahrtausendfeier der Rheinlande, von der deutschen Kulturarbeit an der Saar und die Bilder von den verschiedenen Saar-Kundgebungen des Bundes der Saarvereine, vor allem von der Saar-Treue-Kundgebung am Niederwalddenkmal. Der zwischen die Bilder gestreute Text ist von Prof. Dr. Fritz Kloevekorn, Saarbrücken, abgefaßt und kennzeichnet in Angriff und Abwehr eindrucksvoll und einprägsam das Saarlandschicksal.

Die Verbreitung dieser Sondernummer des „Saar-Freund" erfordert das vaterländische Interesse. Bestellungen nimmt entgegen

die Geschäftsstelle „Saar-Verein", Berlin SW 11, Stresemannstraße 42

Preis einschließlich Heimatbilderbeilage RM 1.—

Deutscher

Unterstütze das Saargebiet
Arbeite mit uns!

Spar-Versicherungen
Spar- und Lebensversicherungen
Lebensversicherungen

„Terra"

Spar- und Lebensversicherungsbank A. G.
(bisher: Erste Allgemeine Spar-Versicherungsbank A. G.)
Saarbrücken **Königin-Luisen-Str. 57**

Gebr. Sinn
„ZUR LANDSKRONE"
Saarbrücken
SEIT 1878 IM FAMILIENBESITZ

Leset und verbreitet

die von der Geschäftsstelle „Saar-Verein" herausgegebene Halbmonatsschrift

„SAAR-FREUND"

Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen. — Der Bezugspreis beträgt vierteljährl. 1,50 RM

Alle Zuschriften für den „Saar-Freund" sind zu richten an:

Geschäftsstelle „Saar-Verein"
Berlin SW 11, Stresemannstrasse 42